

11

STAAT UND WIRTSCHAFT IN HESSEN

NOVEMBER 2003
58. Jahrgang

auch erhältlich als PDF-Datei



- Amtliche Energiestatistik neu geregelt
- Die Bevölkerungsentwicklung in Hessen seit 1987
- Daten zur Wirtschaftslage
- Hessischer Zahlenspiegel

Inhalt

Energiewirtschaft	
Amtliche Energiestatistik neu geregelt. Von <i>Wolfgang Bayer</i>	258
Bevölkerung	
Die Bevölkerungsentwicklung in Hessen seit 1987. Von <i>Diana Schmidt-Wahl</i>	266
Daten zur Wirtschaftslage	269
Ganz kurz	275
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	277
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handwerk	278
Baugewerbe, Baugenehmigungen, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe	279
Außenhandel, Tourismus, Verkehr	280
Geld und Kredit, Werbeanzeigen, Preise	281
Steuern, Verdienste	282
Buchbesprechungen	Seite 284 und Umschlagseite 3

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2003**
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 4,00 Euro (Doppelheft 7,00 Euro), Jahresabonnement 40,80 Euro (inkl. Versandkosten)
Digital: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 6,80 Euro), Jahresabonnement 44,90 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 32,60 Euro (jeweils inkl. Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Umschlagdesign: Vier für Texas Ideenwerk

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807.

Zeichen

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
. . . = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
x = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsdaten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D = Durchschnitt.
s = geschätzte Zahl.
p = vorläufige Zahl.
r = berichtete Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsdaten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsdaten und Salden sind ohne Vorzeichen.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

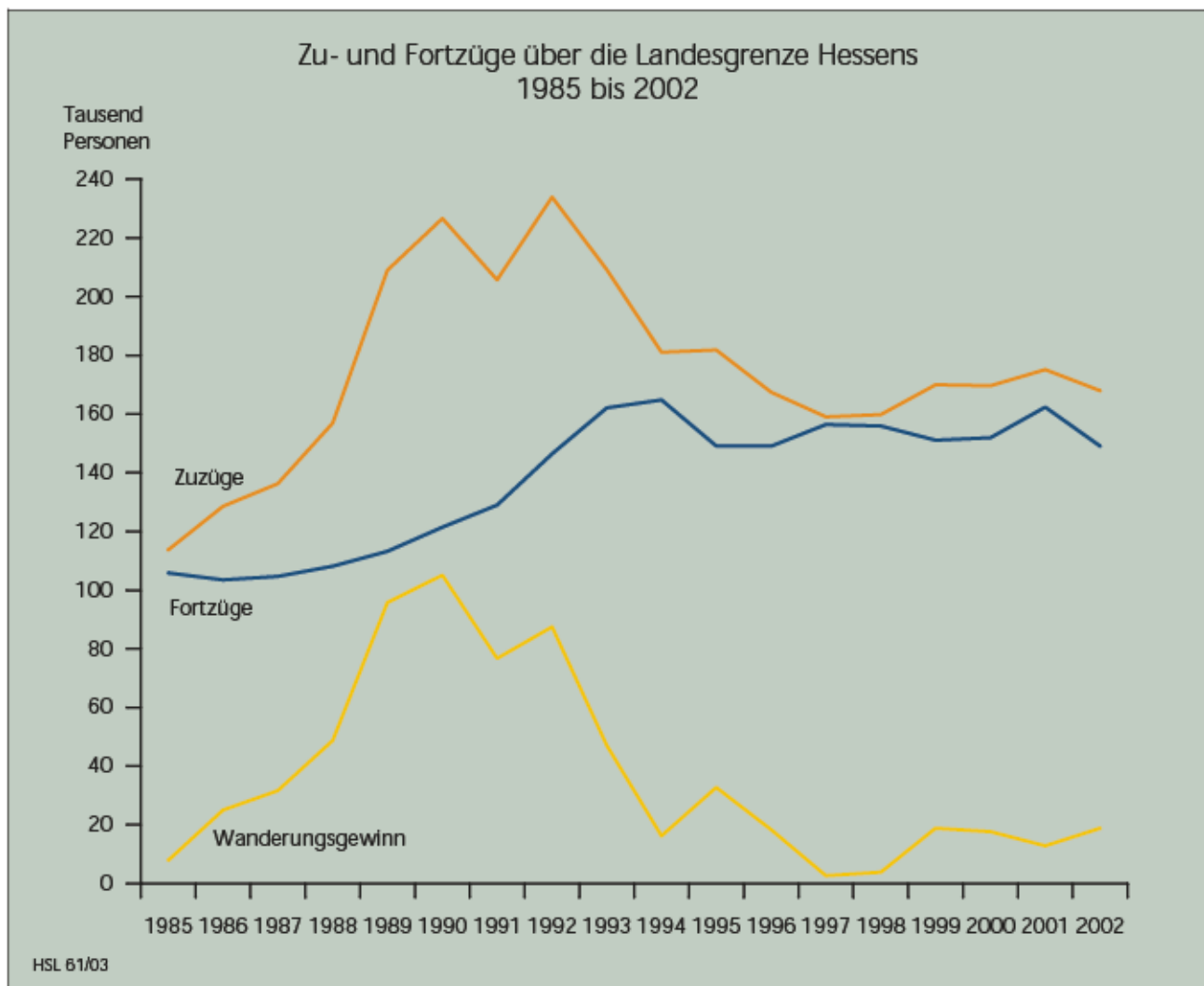
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

11 · 03

58. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Amtliche Energiestatistik neu geregelt

Am 1. Januar 2003 ist das Energiestatistikgesetz (EnStatG)¹⁾ nach langer Vorbereitungszeit in Kraft getreten. Mit diesem neuen Gesetz werden die amtlichen Energiestatistiken aus verschiedenen Rechtsgrundlagen zusammengeführt und an die gewandelten Informationsbedürfnisse der Nutzer angepasst, wobei künftig auch für die Bereiche Wärmemarkt, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energieträger Statistikdaten bereitgestellt werden. Neu geregelt wird außerdem die Befragung über den Energieeinsatz in der Industrie, was zu einer deutlichen Entlastung gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) führen wird. Somit wird auch der Vorgabe der Politik nach Entlastung der Auskunftgebenden und nach Kostenneutralität der amtlichen Statistik Rechnung getragen. Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes wird darüber hinaus eine Empfehlung des Statistischen Beirates zur Neuordnung der Energiestatistik umgesetzt. Der nachfolgende Beitrag beleuchtet den energiepolitischen Hintergrund und informiert über die Ausgestaltung des neuen Gesetzes.

1 Ausgangssituation

„Wirtschaft ohne Energie geht schon rein physikalisch nicht“, sagte der — zu dieser Zeit noch designierte — Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) Wolfgang Clement²⁾ zu Beginn der neuen Legislaturperiode und wies damit sogleich auf die besondere Bedeutung der Energiewirtschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der Produktionsprozesse hin. Der Energiesektor ist ohne Frage wichtiger Bestandteil einer Volkswirtschaft. Zentrale energiepolitische Aufgabe ist die Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung, die eine gleichermaßen sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energiebereitstellung und -nutzung gewährleistet. Bei der Verfolgung dieser Zielsetzung sind die zuständigen politischen Institutionen in Bund und Ländern auf verlässliche statistische Informationen angewiesen. Informationen über die Energieversorgung sind ebenfalls wichtige Orientierungsgrößen für andere Politikbereiche, wie z. B. für die Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrs- und Finanzpolitik.

Das in Deutschland vorhandene energiestatistische Datenangebot genügte allerdings nicht mehr den Anforderungen, die sich aus der umfassenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Energiesektors ergeben. In den zurückliegenden Jahrzehnten existierte keine amtliche Energiestatistik, die eine zusammenhängende Darstellung des Aufkommens, der Umwandlung und der Verwendung von Energieträgern ermöglichte. Stattdessen gab es eine Reihe von Einzelgesetzen, die mittelbar oder unmittelbar energie-relevante Tatbestände berührten.

Die bislang wichtigste Rechtsgrundlage zur Erhebung energiestatistischer Daten war das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002. Dieses Gesetz bildete bis Ende letzten Jahres die Rechtsgrundlage für Erhebungen bei Betrieben und Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. Außerdem enthielt es Regelungen für die Erhebung von Brennstoffen sowie von Elektrizität bei Betrieben des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes. Weitere Statistiken mit Energiebezug waren bzw. sind im Rohstoffstatistikgesetz, im Gesetz über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe, im Mineralöldatengesetz sowie im Außenhandelsstatistikgesetz geregelt.

Die Zersplitterung der energiestatistischen Rechtsgrundlagen war von erheblichem Nachteil für die statistische Aufbereitung und Interpretation von Energiedaten. So erforderte eine Gesamtdarstellung des Energieflusses einen erheblichen Aufwand für die Auswertung der verschiedenen Einzelstatistiken, deren Erhebungsmerkmale bisher nicht genügend aufeinander abgestimmt waren. Wichtige Teilbereiche der Energieversorgung wurden außerdem durch die bisherige Energiestatistik nur unzureichend erfasst. Dies galt beispielsweise für die Kraft-Wärme-Kopplung, für die Nutzung erneuerbarer Energieträger, wie Sonne und Wind, sowie für zentrale Verwendungsbereiche, wie Haushalte und Kleinverbraucher.

Seit der Verabschiedung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe Ende der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts hat der Bedarf an Daten über die Energieerzeugung und -verwendung in inter- und supranationalen Organisationen, wie der Internationalen Energie-Agentur (IEA), dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) oder der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), erheblich zugenommen. Diesen Verpflichtungen konnte die Bundesregierung nur mit

*) Wolfgang Bayer, Dipl.-Kaufmann, ist Referatsleiter im Referat „Struktur der Industrie, Handwerk, Energie, Gewerbeanzeigen“ des Statistischen Bundesamtes. Der hier vorliegende Beitrag ist in der Monatszeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Heft Januar 2003, erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Bundesamtes hier im Original-Wortlaut abgedruckt.

1) Gesetz zur Neuregelung der Energiestatistik und zur Änderung des Statistikregistergesetzes und des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 2002, Artikel 1 „Gesetz über Energiestatistik (Energiestatistikgesetz – EnStatG)“ (BGBl. I S. 2867).

2) Süddeutsche Zeitung vom 9. Oktober 2002.

Einschränkungen gerecht werden. Eine bereits im Jahr 1992 für das Bundesministerium für Wirtschaft durchgeführte Bestandsaufnahme der Energiestatistik in der Bundesrepublik Deutschland durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kam zu dem Ergebnis, dass „angesichts des in vielen energierelevanten Bereichen konstatierten erheblichen Informationsdefizits ein Handlungsbedarf zur Verbesserung der Datenbasis offenkundig ist“³⁾. Vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Energiefragen war eine Umsetzung dieses Handlungsbedarfs dringend geboten. Diese Einschätzung wurde auch im jüngsten Energiebericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie bestätigt⁴⁾.

Auch im Hinblick auf die international eingegangenen Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Berichterstattung hierüber war der bisherige Zustand unbefriedigend. Die Berechnung der Emissionsentwicklung beim mengenmäßig bedeutendsten Klimagas — dem Kohlendioxid — kann nur auf der Basis von Energieeinsatzmengen vorgenommen werden. Eine möglichst vollständige und ausreichend detaillierte Erfassung der in den einzelnen Verwendungsbereichen eingesetzten Energieträger ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine sachgerechte Politik zum Schutz der Erdatmosphäre. Auch dies machte eine gegenüber dem bisherigen Zustand erhebliche Verbesserung der energiestatistischen Datenbasis notwendig.

Schließlich haben sich die Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft, insbesondere für die leitungsgebundene Energieversorgung, in den letzten Jahren grundlegend verändert. Durch die Deregulierung und Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte wurde ein Umbruch der Marktstrukturen in Gang gesetzt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Auf der Angebotsseite werden nach wie vor Unternehmen entflochten, neue Anbieter treten hinzu und veränderte Produktformen werden auf dem Markt angeboten. Auf der Konsumentenseite bilden sich neue Formen der Organisation von Nachfrage (als Stichworte seien genannt: Bündel- und Kettenkunden, Contracting usw.). Die Erfassungsmöglichkeiten der amtlichen Statistik waren auf diese veränderten Marktbedingungen nicht ausgerichtet. Hier bestand dringender Anpassungsbedarf hinsichtlich der Formulierung adäquater Erhebungstatbestände und Erfassungsstufen.

Die Anforderungen der Energiepolitik an das energiestatistische Datenmaterial sind zudem vielfältig und gehen über die allgemein gültigen Kriterien wie Zuverlässigkeit, Objektivität

und Aktualität hinaus. Dabei sind zwei Aspekte besonders hervorzuheben, die sich aus konkreten energiepolitischen Aufgabenstellungen ergeben:

- Im Energiebereich kommt es in besonderem Maße auf die Vollständigkeit der Erhebung aller Komponenten an. Klammert man Teilmärkte aus, wird die Aussagefähigkeit einer Gesamtbetrachtung (üblicherweise in Form einer Energiebilanz) entscheidend verringert. Versorgungsanteile, Importabhängigkeiten, Energie-Einsparentwicklungen und die Zielerreichung im Zusammenhang mit der international eingegangenen Verpflichtung zur Reduktion der Klimagase können nur dann zuverlässig beurteilt werden, wenn die Versorgungsströme möglichst vollständig abgebildet werden. Dies ist auch notwendige Voraussetzung dafür, dass ein internationaler Handel mit Emissions-Zertifikaten eingeführt werden kann.
- Außerdem muss im Energiebereich besonderer Wert auf eine zeitnahe und mit möglichst kurzer Periodizität erfolgende Erhebung und Berichterstattung gelegt werden. Dies ergibt sich aus der zentralen Verantwortung der Energiepolitik für die Gewährleistung einer ausreichenden und sicheren Energieversorgung. Die Sicherstellung der Energieversorgung erfordert insbesondere bei nicht oder nur begrenzt speicherfähigen Energieträgern wie Elektrizität und Gas eine auf kurze Zeiträume bezogene Betrachtungsweise. Für die wesentlichen Versorgungsmerkmale sind deshalb monatliche Erhebungen und Aufbereitungen notwendig. Nur so kann eine ausreichend genaue Beurteilung des Lastverlaufs der Energieversorgung vorgenommen und Vorsorge zur Vermeidung von Krisensituationen getroffen werden. Im Übrigen bestehen Anforderungen nach monatlicher Berichterstattung auch durch internationale statistische Behörden und Institutionen sowie auf Grund von Verpflichtungen im Rahmen supranationaler Krisenvorsorgesysteme.

Mit dem neuen Energiestatistikgesetz (EnStatG) wurde für die Energiepolitik ein energiestatistischer Rahmen geschaffen, der möglichst viele Energieträger und Verwendungsbereiche umfasst. Dabei wurde ein einheitliches Erhebungskonzept zu Grunde gelegt und die Grundlage für eine Energiefachstatistik geschaffen. In dieses Konzept wurden zunächst die bislang verstreut angeordneten Einzelstatistiken eingebracht. Hierzu war es notwendig, die Regelungen für diese Einzelstatistiken zu aktualisieren und vorhandene Lücken zu schließen. Gleichzeitig konnten bestehende Überschneidungen eliminiert und der Erhebungsumfang und die Berichtskreise auf das sachlich notwendige Maß reduziert werden⁵⁾. Außerdem wurden Erhebungen für einige Energieträgerbereiche angeordnet, deren statistische Erfassung bisher noch nicht ausreichend geregelt war. Darüber hinaus berücksichtigt das neue Gesetz die Anforderungen an eine umfassende und aktuelle Berichterstattung im föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland durch ent-

3) Messer, R./Ziesing, H.-J.: „Aktueller und längerfristiger Bedarf an energiestatistischen Basisdaten“, Gutachten des DIW, Berlin 1992, S. 74.

4) Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Nachhaltige Energiepolitik für eine zukunftsfähige Energieversorgung (Energiebericht)“, Berlin 2001, S. 19 und 21.

5) Siehe Angermann, O./Laux, G./Reimann, W.: „Überlegungen zur Neuordnung der Statistik im Produzierenden Gewerbe“ in WiSta 8/1998, S. 640 ff.

Was ändert sich, was ist neu im Energiestatistikgesetz (EnStatG)?

Das Wichtigste auf einen Blick

Statistik-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Periodizität	Berichtskreis EnStatG	Änderungen (+) neues Merkmal, (-) Merkmal entfällt
066K	Elektrizitätsversorgung (Kraftwerke)	m	maximal 1000 Anlagenbetreiber	(+) Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)
066N	Elektrizitätsversorgung (Netzbetreiber)	m	maximal 1000 Netzbetreiber	(-) 24-Stunden-Werte Netzbelastung
066Z	Elektrizitätsversorgung (Netzbetreiber): Bezug von Elektrizität aus erneuerbaren Energieträgern	j	alle Netzbetreiber	(+) Zahl und Leistung der einspeisenden Anlagen
067	Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	j	alle Eigenversorger	(+) KWK (-) 24-Stunden-Werte (-) verschiedene Leistungsarten
064	Fernwärmeversorgung: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Wärme; Einsatz von Energieträgern zur Wärmeerzeugung	j	maximal 1000 Betreiber	neue Erhebung
068. 069	Gasversorgung (Ferngasunternehmen, Produzenten, Kokereien): Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Gas	m	maximal 100 Betreiber	(+) Ausfuhr nach Staaten
070	Unternehmen der Mineralölverarbeitung: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Flüssiggas und Raffineriegas	m		Erhebung entfällt
072	Verkaufsgesellschaften von Flüssiggas: Aufkommen, Verwendung, Abgabe von Flüssiggas	m		Erhebung entfällt
073	Abwasserbeseitigung (Kläranlagen, andere Abwasserbehandlungsanlagen): Gewinnung und Verwendung von Klärgas	j	maximal 6000 Betreiber	(+) Abgabe von Klärgas nach Ländern (+) Abgabe von Elektrizität aus Klärgas nach Ländern
074	Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe: Erzeugung und Verwendung von brennbaren Gasen; Einsatz von Energieträgern zur Gaserzeugung	j		Erhebung entfällt
075	Verkaufsgesellschaften von Flüssiggas: Abgabe von Flüssiggas	j	maximal 130 Unternehmen	(+) Erweiterung der Abnehmergruppen (+) Abgabe nach Ländern
075	Unternehmen der Mineralölverarbeitung: Abgabe von Flüssiggas			
061	Ein- und Ausfuhr von Kohle	m	alle Importeure/Exporteure	neue Erhebung
062	Geothermie	j	maximal 100 Betreiber	neue Erhebung
063	Treibstoffe aus Biomasse	j	maximal 100 Betreiber	neue Erhebung
060	Bezug, Bestand, Verbrauch, Abgabe von Energieträgern (Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe)	j m/vj	maximal 60 000 Betreiber maximal 68 000 Betreiber	neue Erhebung (-) Erhebung entfällt
082	Gasversorgung (Fern- und Ortsgasunternehmen, Produzenten, Kokereien): Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Gas	j	alle Betreiber	(+) Bestand, Einsatz von Energieträgern zur Gaserzeugung (+) Ausfuhr nach Staaten (+) Transitmengen von Gas
083	Elektrizitätsversorgung (Anlagen-/Netzbetreiber): Abgabe, Ein- und Ausfuhr von Elektrizität	j	alle Betreiber	keine Änderung

sprechende regionale Aufgliederungen bestimmter Merkmale. Mit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wird auch eine Empfehlung des Statistischen Beirates nach Neuordnung der Energiestatistik umgesetzt. Die tabellarische Übersicht zeigt die wesentlichen Änderungen auf einen Blick.

Angesichts des engen Haushaltsrahmens für die amtliche Statistik muss sich das Gesetz auf die Behandlung der dringendsten Probleme der Energiestatistik konzentrieren. Um den Forderungen nach Entlastung und Kostenneutralität zu entsprechen, konnten zusätzliche Erhebungen nur in dem

Umfang realisiert werden, in dem das bisherige Programm der Energiestatistik reduziert wurde. Die neu aufgenommenen Erhebungen für den Wärmemarkt, die Kraft-Wärme-Kopplung, die erneuerbaren Energieträger und den Kohleaußenhandel stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Rückführung einiger Erhebungen, beispielsweise der Statistik über die industrielle Energieverwendung. Hier sind im Vergleich zu bisher geltenden Regelungen erhebliche Entlastungen von Berichtspflichtigen vorgesehen. Dies gilt insbesondere für die Betriebe und Unternehmen des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des

Verarbeitenden Gewerbes, bei denen auf die bisherige monatliche bzw. vierteljährliche Erhebung bei höchstens 68 000 Betrieben verzichtet wurde; hier findet nur noch eine jährliche Erfassung bei maximal 60 000 Betrieben statt. Befreit werden diese Betriebe auch von der Meldung zur jährlichen Statistik über die Erzeugung und Verwendung von brennbaren Gasen. Ferner wurden die monatlichen Erhebungen über Aufkommen, Verwendung und Abgabe von Flüssiggas und Raffineriegas ersatzlos gestrichen.

Auf Grund der genannten politischen Vorgaben, die bei der Schaffung neuer bzw. der Ausweitung bestehender amtlicher Statistiken zu berücksichtigen sind, kann das vorliegende Gesetz den eingangs dargestellten Datenbedarf leider nicht vollständig abdecken. Der außerordentlich heterogene Verwendungsbereich der Kleinverbraucher (Gewerbe, Handel und Dienstleistungen), der Verbrauchssektor Haushalte sowie die Wärmeerzeugung aus Biomasse und Solarthermie mussten unberücksichtigt bleiben, da hierfür aus Kostensicht gegenwärtig keine realistischen Erhebungsmöglichkeiten im Rahmen der amtlichen Statistik gesehen werden. Es ist somit nicht möglich, den aus nationalen, europäischen und internationalen Berichtspflichten resultierenden Informationsbedarf allein auf der Basis des EnStatG zu decken. Deshalb sollen künftig regelmäßig Zusatzerhebungen außerhalb der amtlichen Statistik durchgeführt werden.

Ausgenommen bleibt im Rahmen dieses Gesetzes auch der Mineralölbereich, für den entsprechende Daten auf der Grundlage des Mineralöldatengesetzes⁶⁾ von 1988 erfasst werden. Eine Integration dieses Gesetzes in das Energiestatistikgesetz ist nicht sinnvoll, da das Mineralöldatengesetz vorrangig dem Verwaltungsvollzug dient.

2 Wesentliche Neuregelungen gegenüber den bisher geltenden Gesetzen

2.1 Neuformulierung der Erhebungstatbestände für die Elektrizitäts- und Gasstatistik im Rahmen des Energiestatistikgesetzes (§§ 3 und 4)

Mit der Neuformulierung der Erhebungstatbestände für die Elektrizitäts- und Gasstatistik wird insbesondere der sich aus den supranationalen⁷⁾ sowie nationalen Rahmenvorschriften⁸⁾ und Folgeregelungen ausgelösten Trennung der lei-

tungsgebundenen Energieversorgung in die Bereiche Erzeugung, Übertragung und Verteilung bei Strom bzw. Gewinnung, Fernleitung, Speicherung, Verteilung und Versorgung bei Erdgas Rechnung getragen. Ferner wird die Erhebung in der Elektrizitätswirtschaft um den Bereich der energiepolitisch besonders bedeutsamen Kraft-Wärme-Kopplung erweitert. Angaben hierzu sowie über den zurechenbaren Brennstoffeinsatz waren bislang nur auf Basis grober Schätzungen möglich.

2.1.1 Erhebungen in der Elektrizitätswirtschaft

Die sichere und ausreichende Versorgung mit Elektrizität gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit einer modernen Industriegesellschaft. Die Elektrizitätswirtschaft unterliegt in Deutschland deshalb der Aufsicht des Staates im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes. Die Elektrizitätswirtschaft ist außerdem der zentrale Umwandlungsbereich innerhalb der Energiewirtschaft und als solcher auch ein wichtiger Energieverwendungsbereich. Mehr als ein Drittel des Primärenergieverbrauchs entfällt auf den Elektrizitätssektor. Eine möglichst detaillierte, exakte und zeitnahe statistische Erhebung und Darstellung ist deshalb dringend geboten. Dies erfordern auch umfangreiche Berichtspflichten für Eurostat und internationale Organisationen wie die Internationale Energie-Agentur sowie für den grenzüberschreitenden elektrizitätswirtschaftlichen Zusammenschluss, der Union pour la Coordination du Transport de l' Electricité (UCTE), in dessen Verbund die deutsche Elektrizitätswirtschaft eingegliedert ist.

Wie bisher sind in diesem Bereich monatliche und jährliche Erhebungen vorgesehen. Die monatliche Erhebung ermöglicht eine zeitnahe Darstellung der wichtigsten elektrizitätswirtschaftlichen Tatbestände. Um die Unternehmen der allgemeinen Elektrizitätsversorgung zu entlasten, wird die bisherige monatliche Totalerhebung auf eine Teilerhebung bei höchstens 1000 Betreibern von Anlagen begrenzt. Erfasst werden sowohl Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität einschließlich der Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung als auch Anlagen zur Übertragung und/oder Verteilung von Elektrizität. Diese Angaben sind für die nationale Strombilanz erforderlich und geben zudem Auskunft über die Effizienz des Erzeugungsprozesses. Sofern das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (jetzt: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) von seiner in §13 EnStatG vorgesehenen Ermächtigung keinen Gebrauch macht, erfolgt die Erfassung der Daten bei Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität ab 1 Megawatt (MW). Bei Anlagen zur Übertragung und Verteilung von Elektrizität ist eine solche Abschneidegrenze technisch nicht sinnvoll.

Im Rahmen der Erhebung bei den Betreibern von Anlagen der allgemeinen Elektrizitätsversorgung geht es bei den Merkmalen „Erzeugung“, „Einspeisung“ und „Einfuhr“ darum, das Elektrizitätsangebot sowie die gekoppelte Wär-

6) Gesetz über die Erhebung von Meldungen in der Mineralölwirtschaft (Mineralöldatengesetz – MinÖlDatG) vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2352), zuletzt geändert durch Artikel 35 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl. I S. 2992).

7) Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt, Amtsbl. der EG Nr. L 27 vom 30. Januar 1997, S. 20; Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, Amtsbl. der EG Nr. L 204 vom 21. Juli 1998, S. 1.

8) Gesetz zur Neuordnung des Energiewirtschaftsrechts vom 24. April 1998, Artikel 1 „Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG)“ (BGBl. I S. 730).

meerzeugung darzustellen. Zur Beurteilung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung unter Berücksichtigung der Stromimport- und -exportmengen ist es erforderlich, Ein- und Ausfuhr nach Herkunfts- und Abnahmestaaten zu erfassen. Bei den Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung wird zusätzlich die Abgabe der ausgekoppelten Wärme erfasst.

Die Merkmale Betriebs- und Eigenverbrauch, Pumparbeit und Entnahme von Elektrizität beschreiben die Verwendungsseite der erzeugten Strommengen. Von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung sind die Merkmale Engpassleistung, Höchstlast und Verfügbarkeit der Anlagen an einem Stichtag. Dieser Stichtag ist gemäß internationaler Vereinbarungen der dritte Mittwoch eines jeden Monats. Zusätzlich ist vorgesehen, dass von Betreibern von Kraftwerken für die allgemeine Versorgung zusätzlich die Belastung auch für jede Stunde innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden an einem Stichtag anzugeben ist. Die Erstellung der auf diese Weise gewonnenen Tages-Lastlinie ist erforderlich, um die Versorgungsbereitschaft der Kraftwerke beurteilen zu können. Die so erhobenen Angaben geben Auskunft über die relevanten Belastungskennziffern der Stromversorgung, die im Jahresverlauf starken Schwankungen unterliegen können. Auf die bisher üblichen, aber aufwändig zu ermittelnden 24-Stunden-Werte bei Netzbetreibern wird verzichtet. Dies stellt eine erhebliche Entlastung der Energieversorgungsunternehmen dar.

Das Merkmal Benutzungsstunden stellt eine für den Betrieb von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung wichtige Information dar, auf deren Basis weitere relevante Kennzahlen über die Effizienz der Energieerzeugung berechnet werden können. Zur Beurteilung von Sicherheit und Effizienz der Stromversorgung sowie für die Komplettierung der Energiebilanz ist es auch notwendig, den Bezug, Bestand und Einsatz der Energieträger nach Arten für die Stromerzeugung zu erfassen. Von besonderer Bedeutung für die Erstellung der Energiebilanzen ist die Erfassung der Wärmegehalte der Energieträger.

Die jährliche Erhebung beschränkt sich auf wenige zusätzliche Merkmale, sodass Doppelbefragungen bei den Auskunftgebenden ausgeschlossen sind. Das Merkmal Abgabe von Elektrizität nach inländischen Abnehmergruppen ermöglicht Aussagen zur Abnahmestruktur des Elektrizitätsunternehmens. Die Erfassung des Betriebsverbrauchs bei allen Betreibern von Anlagen dient der Vervollständigung der Mengenbilanz auf der Abgabeseite. Die Fragen nach dem Ausfuhrwert und den Erlösen ergänzen die technische Betrachtung um eine ökonomische Komponente. Die Angabe der Erlöse und der dazugehörigen Mengen ist außerdem Grundlage zur Festlegung der Konzessionsabgaben sowie unternehmensinterner Verrechnungspreise. Die Ergebnisse dieser Erhebungen geben schließlich Auskunft über den Wertefluss in der Elektrizitätswirtschaft sowie über deren

volkswirtschaftlichen Stellenwert. Auf Grund der Deregulierung auf dem Strommarkt und der damit einhergehenden Veränderungen ist es notwendig, auch die neuen Marktteilnehmer einzubeziehen, sofern sie Letztverbraucher versorgen, aber kein eigenes Netz zur Versorgung betreiben. Die Angaben über die Abgabe und die Erlöse sind nach Bundesländern zu differenzieren. Das erstgenannte Merkmal dient zur Erstellung von Länder-Energiebilanzen, die Information über die Erlöse ist Grundlage für energiepolitische Entscheidungen der nach dem Energiewirtschaftsgesetz zuständigen Behörden.

Ferner ist wie bisher eine jährliche Erhebung bei Betreibern von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität einschließlich der Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme in Kopplungsprozessen, die zur eigenen Versorgung bestimmt sind, vorgesehen. Bei den Auskunftgebenden handelt es sich in der Regel um Anlagenbetreiber im industriellen Bereich. Die Merkmale entsprechen mit Ausnahme der 24-Stunden-Werte denen der Monaterhebung bei Elektrizitätsunternehmen.

2.1.2 Erhebungen in der Gaswirtschaft

Eine genaue statistische Erfassung und Darstellung der Entwicklung in der Gaswirtschaft ist für eine an den ökonomischen und ökologischen Erfordernissen orientierte Energiepolitik unentbehrlich. Der Anteil des Gases am Primärenergieverbrauch liegt in Deutschland gegenwärtig bei über 20 %, und alle Prognosen gehen davon aus, dass seine Bedeutung künftig noch zunehmen wird. Die Erhebungen nach § 4 EnStatG umfassen Angaben, die auch bisher schon von der amtlichen Statistik erfragt wurden. Die derzeitige Erhebungspraxis und die Erhebungsmerkmale werden nunmehr aber präziser formuliert und die Berichtskreise an die neue Entwicklung auf dem Gasmarkt angepasst. Außerdem wird zur Entlastung der Berichtspflichtigen die Zahl der monatlich zu Befragenden deutlich reduziert.

Die monatliche Erhebung wendet sich an höchstens 100 Betreiber von Anlagen zur Gewinnung, Erzeugung oder leitungsgebundenen Verteilung von Gas. Sie werden über die Gewinnung und Erzeugung von Gas nach eingesetzten Energieträgern sowie den Bezug nach inländischen Liefergruppen und Einfuhr befragt. Diese Merkmale sind erforderlich, um das verfügbare Gasaufkommen im Inland darstellen und Aussagen über die Entwicklung von Importabhängigkeiten treffen zu können.

Die weitere Erfassung des Speichersaldos ist wichtig, um das Gasangebot darzustellen. Die Abgabe der Gasversorgungsunternehmen unterliegt im jahreszeitlichen Wechsel und je nach Konjunkturverlauf großen Schwankungen. Diesen starken Schwankungen bei der Gasabgabe stehen überwiegend kontinuierliche Bezüge gegenüber. Der saisonale Ausgleich erfolgt hauptsächlich mit Hilfe der Untertagespeicher. Die Erfassung des Betriebs- und Eigenverbrauchs und der

Abgabe nach inländischen Abnehmergruppen und Ausfuhr geben Aufschluss über die Verwendung der verfügbaren inländischen Gasmenge. Diese Daten tragen dem zunehmenden Interesse an Informationen über den Ausbau einer gesicherten Gasversorgung und über die Änderung der Abnehmerstruktur auf deregulierten Gasmärkten Rechnung.

Die jährliche Erhebung befragt auch jene Betreiber von Anlagen zur Gewinnung, Erzeugung oder leitungsgebundenen Verteilung von Gas, die nicht zur monatlichen Statistik melden. Außerdem ist auf Grund der Liberalisierung der Gasmärkte und der damit einhergehenden Veränderungen auch die Einbeziehung von neuen Marktteilnehmern, sofern sie Letztverbraucher versorgen und keine eigenen Anlagen zur Verteilung betreiben, erforderlich. Daher ist ein Teil der Merkmale identisch mit denen der Monatsmeldung. Doppelbefragungen sind allerdings ausgeschlossen. Darüber hinaus werden alle Betreiber zu den Merkmalen Bestand und Einsatz von Energieträgern für die Erzeugung von Gas sowie über Einfuhr und Ausfuhr, jeweils nach Staaten befragt. Allerdings bedarf es hier einer besonderen Differenzierung der Transitmengen, die von anderen Staaten für andere Staaten durch Deutschland geleitet werden. Dies ist erforderlich, um das tatsächlich verfügbare inländische Gasangebot abbilden und die Belastung der Leitungskapazitäten einschätzen zu können. Ferner ist die Abfrage der Gasabgabe nach Art der inländischen Endabnehmer und der daraus erzielten Erlöse vorgesehen. Diese Angaben sind wiederum eine Ergänzung des rein mengenmäßigen Gasflussbildes um eine ökonomische Komponente. Die Kenntnis der Erlöse ist außerdem Grundlage für Entscheidungen nach der Konzessionsabgabenverordnung und zur Bildung interner Verrechnungspreise. Die Angaben über die Gasabgabe und die Erlöse sind nach Bundesländern zu differenzieren. Das erstgenannte Merkmal dient zur Erstellung von Länder-Energiebilanzen, die Information über die Erlöse ist Grundlage von energiepolitischen Entscheidungen der nach dem Energiewirtschaftsgesetz zuständigen Behörden. Die Ergebnisse dieser Erhebungen geben schließlich auch Auskunft über den Wertefluss in der Gaswirtschaft sowie über deren volkswirtschaftlichen Stellenwert.

Die Auswahl der Erhebungsmerkmale ist so gestaltet, dass den vielfältigen nationalen und internationalen Informationsverpflichtungen nachgekommen werden kann. Die Ergebnisse gewährleisten die Weiterführung der Gasstatistik in der Bilanzform und erlauben, die deutschen Berichtspflichten entsprechend den Anforderungen der Internationalen Energie-Agentur, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Vereinten Nationen sowie der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat, zu erfüllen.

Die bereits seit Jahrzehnten durchgeführte jährliche Erhebung des Absatzes von Flüssiggas bei den Verkaufsgesell-

schaften war im Entwurf des Energiestatistikgesetzes ursprünglich nicht vorgesehen, da es sich beim Flüssiggas nach Auffassung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in Absprache mit der deutschen Mineralöl- und Gaswirtschaft um ein Mineralölprodukt handelt. Auf Empfehlung des Bundesrates wurde diese Erhebung dann aber doch in das Gesetz aufgenommen, da die Länder diese Informationen über die sektorale und regionale Verteilung des Absatzes von Flüssiggas für ihre Energiebilanzen benötigen. Aus gesetzestechnischen Gründen wurde diese Erhebung, in die bundesweit knapp über 100 Unternehmen einbezogen werden, dem § 4 EnStatG zugeordnet. Die vorgenannte Vereinbarung zwischen dem federführenden Ressort und den Wirtschaftsverbänden bleibt davon unberührt.

2.2 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die statistische Erhebung in der Wärmewirtschaft (§ 5 EnStatG)

Die Wärmewirtschaft stellt einen zunehmend wichtiger werdenden Bereich der Energiewirtschaft dar. Sie umfasst die Wärmeerzeugung in Heizwerken, die Kraft-Wärme-Kopplung in Heizkraftwerken und den Betrieb von Versorgungsnetzen. Zur Fernwärme gehören physikalisch gesehen auch die Fernwärme mit nahen Transportwegen (sog. Nahwärme) sowie die Kälteerzeugung aus Absorptionsanlagen.

Aus historischen Gründen beschränkte sich das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe bisher auf die Erfassung der Abgabe von Fernwärme bei Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung. Diese Erhebung lieferte jedoch keine Daten über die Fernwärmeerzeugung und den Brennstoffeinsatz. Die neue Rechtsgrundlage ordnet nun eine Befragung bei den Betreibern der Anlagen, die der Fernwärmeerzeugung und -versorgung dienen, an. Die Auskunftspflicht richtet sich aber auch an Dritte, die sich der Leitungen zur Versorgung bedienen. Die komplexen Prozesse der Kraft-Wärme-Kopplung werden jedoch aus Praktikabilitätsgründen in Verbindung mit der Erhebung der Elektrizitätserzeugung gemäß § 3 EnStatG statistisch erfasst. Um die Belastung der Berichtspflichtigen möglichst gering zu halten, beschränkt sich die Erhebung auf jährlich höchstens 1000 Betreiber. Dabei werden wenige zentrale Tatbestände zur Angebots- und Abgabesituation sowie zusätzlich Bezug, Einsatz und Bestand der zur Produktion der Wärme benötigten Energieträger sowie der Eigenverbrauch erhoben. Die Ergebnisse der Abfrage der Wärmeengpassleistung sind zur Beobachtung der Kapazitätsbelastung und Effizienz notwendig. Die Angabe der Netzverluste ist zur Komplettierung der Energiebilanzen des Bundes und der Länder erforderlich.

2.3 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Erfassung der Kohleimporte und -exporte (§ 6 EnStatG)

Für die Kohlestatistik gab es bisher keine nationale Rechtsgrundlage. Der Bedarf an statistischem Zahlenmaterial über

die inländische Gewinnung von Kohle und deren Verwendung wird auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft, dem Statistischen Bundesamt und der Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. aus dem Jahr 1954 gedeckt. Die Kohleimporte und -exporte wurden bisher vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) auf Grundlage des „Gesetzes über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe (BrennstoffStatG)“ erhoben. Mit Einführung des EnStatG wird das BrennstoffStatG außer Kraft gesetzt.

Nach dem neuen Gesetz werden Daten zum Außenhandel mit Kohle erhoben, die sich auf Grund ihrer energiespezifischen Merkmale wie Wärmegehalt, Einsatzbereich und Liefervertragsdauer wesentlich von denen aus der allgemeinen Außenhandelsstatistik unterscheiden. Viele Prognosen gehen davon aus, dass die Bedeutung der Kohleimporte für die Energieversorgung in Deutschland künftig weiter ansteigen wird. Dies gilt insbesondere für den Import von Steinkohle. Daneben existiert aber auch ein grenzüberschreitender Handel mit Braunkohle, der in einigen Regionen eine wichtige Rolle spielt.

Die neue Vorschrift regelt die monatlichen Erhebungen bei allen Unternehmen, die Kohle ein- und/oder ausführen. Diese Erhebungen dienen in erster Linie der zeitnahen Beobachtung des mengenmäßigen Flussbildes des Kohleimports und -exports. Mit den erhobenen Angaben, bei denen auch nach Kohlearten differenziert wird, wird das Gesamtbild des Energieträgerflusses in Deutschland vervollständigt. Die Daten finden auch Eingang in die Energiebilanzen.

2.4 Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die statistische Erhebung von erneuerbaren Energieträgern (§ 7 EnStatG)

Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energieträger ist von besonderer Bedeutung für eine umweltverträgliche und sichere Energieversorgung der Zukunft. Erneuerbare Energieträger können dazu beitragen, endliche Energieressourcen zu schonen, die Umwelt zu entlasten und gesundheitliche Schäden zu vermeiden. Amtliche statistische Daten über die Nutzung dieser Energiequellen fehlten bislang jedoch in weiten Bereichen. Hier musste die Datenbasis entscheidend verbessert werden, insbesondere um verlässlichere Grundlagen für politische Ziel- und Prioritätensetzungen sowie für die Erfolgskontrolle von Maßnahmen zu erhalten. Die Nutzung erneuerbarer Energieträger wird gegenwärtig nur bei der allgemeinen Elektrizitätsversorgung sowie im Rahmen der Klärgasnutzung statistisch erhoben, wobei wegen der Erhebungsgrenze ab 1 Megawatt (MW) für die meisten Techni-

ken zur Nutzung erneuerbarer Energieträger keine amtlichen Zahlen existieren.

Zur Verbesserung der Datenlage über erneuerbare Energieträger wurde eine Reihe von Maßnahmen in Gang gesetzt. Zum Ersten werden die Betreiber von Anlagen zur Übertragung und Verteilung von Elektrizität über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energieträger befragt. Diese Betreiber sind allesamt Energieversorgungsunternehmen, denen die erfragten Informationen auf Grund der im Erneuerbare-Energien-Gesetz⁹⁾ angeordneten Abnahme- und Vergütungspflicht ohnehin vorliegen. Somit können Daten über die Nettoerzeugung und Einspeisung von Strom aus Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie, aus Wind- und Kleinwasserkraftanlagen, aus Anlagen zur Nutzung der Geothermie, von Biogas sowie von Biomasse kostengünstig ermittelt und vorgelegt werden. Dadurch werden Belastungen bei den (meist privaten) Betreibern insbesondere kleinerer Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien vermieden.

Zweitens werden — wie bisher — die Erzeugung und die weitere Verwendung von Gas erfasst, das in Kläranlagen gewonnen wird. Die Erhebung konzentriert sich auf wenige wichtige Merkmale, die notwendig sind, um Produktion und Nutzung dieses erneuerbaren Gases in Deutschland zu beschreiben. Die erhobenen Angaben geben Auskunft über die Bedeutung dieser Energienutzungsformen für die Energieversorgung und gestatten Rückschlüsse auf die Nutzung des vorhandenen Potenzials. Die Abfrage der Erzeugung und Abgabe von Elektrizität aus Kläranlagen dient dazu, das Gesamtbild zu komplettieren.

Neu ist die Abfrage bei den Betreibern von Anlagen zur Nutzung der Geothermie. Diese Anlagen können bei günstigen geologischen Gegebenheiten zur Wärmegewinnung eingesetzt werden. Bisher existieren in Deutschland allerdings nur wenige Anlagen. Um ihren Beitrag zur Energieversorgung erfassen und in die Energiebilanz integrieren zu können, ist eine jährliche Erhebung der wichtigsten Produktions- und Verwendungsmerkmale vorgesehen.

Die meisten Prognosen gehen davon aus, dass der Beitrag der Treibstoffe aus Biomasse zur Energieversorgung künftig ansteigen wird. Dabei dürfte es sich schwerpunktmäßig um die Gewinnung von Kraftstoffen, wie zum Beispiel Rapsöl, zur Substitution von Mineralölprodukten handeln. Deshalb sieht das EnStatG die Möglichkeit einer statistischen Erhebung dieses Energieversorgungsbeitrags vor, soweit er in Anlagen zur gewerblichen Erzeugung anfällt.

2.5 Erhebung der Energieverwendung (§ 8 EnStatG)

Die statistische Erhebung des Energieangebots wird durch die Erfassung der Energieverwendung ergänzt. Dies ist dringend erforderlich, um Erkenntnisse über die Möglichkeiten der rationellen Energienutzung, über Einsparpotenziale und

9) Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) sowie zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Mineralölsteuergesetzes vom 29. März 2000, Artikel 1 (BGBl. I S. 305).

mit der Energienutzung verbundene Schadstoffemissionen zu erlangen. Allerdings werden gegenwärtig keine Realisierungsmöglichkeiten für eine alle Bereiche umfassende Verwendungsstatistik gesehen, weil zum Beispiel die Energienutzung im außerordentlich heterogenen Kleinverbraucherbereich (Gewerbe, Handel, Dienstleistungen) oder im Haushaltsbereich nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand erfasst werden könnte. Die Erhebung der Energieverwendung konzentriert sich deshalb auf den Bereich der industriellen Energienutzung, der auch bisher schon im Rahmen der laufenden Konjunkturbeobachtung befragt wurde. Wie bereits an anderer Stelle dargelegt, wird hier eine jährliche Befragung bei höchstens 60 000 Betrieben im Bergbau, der Gewinnung von Steinen und Erden und im Verarbeitenden Gewerbe als ausreichend erachtet.

Für eine grundlegende Darstellung der Energieverwendung sind regelmäßige Angaben über Bezug, Bestand, Verbrauch und Abgabe nach Energieträgern erforderlich. Die bisherige Liste der Energieträger entsprach nicht mehr dem Stand der Technik, sie wurde überarbeitet und der Verwendungsvielfalt in den Betrieben angepasst. Darüber hinaus wird bei dem Energieträgereinsatz künftig zwischen energetischer und nicht-energetischer Verwendung unterschieden. Dies ist auch für die Energiebilanz und die darauf fußende Berechnung der CO₂-Emissionen in einigen Wirtschaftsbereichen von größter Bedeutung.

3 Zur Umsetzung des Gesetzes

Das EnStatG wurde am 26. Juli 2002 im Bundesgesetzblatt verkündet und ist am 1. Januar 2003 in Kraft getreten. Die dazwischen liegende relativ kurze Zeitspanne erforderte eine Prioritätensetzung bei der methodischen und fachlichen Vorbereitung der neuen Erhebungen. So wurde in den vergangenen Monaten mit den Statistischen Ämtern der Länder vorrangig ein Konzept zur Anpassung der monatlichen Erhebungen, insbesondere für die Elektrizitätswirtschaft, erarbeitet und mit der Fachaufsicht und den Wirtschaftsverbänden abgestimmt.

Die Jahreserhebungen in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft bleiben im Wesentlichen unverändert. Das Formblatt für die Befragung der Unternehmen der Wärmewirtschaft ist ebenfalls fertiggestellt und wird von den Statistischen Ämtern der Länder versandt. Der Jahresbogen für die Industriekraftwerke wurde — soweit fachlich möglich — dem Fragebogen für die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung angepasst. Die Erhebungsunterlagen für die Bereiche Geothermie, Biotreibstoffe sowie Energieverwendung sind in Vorbereitung. Auch hier ist eine Abstimmung mit dem Ressort und den Fachverbänden vorgesehen. Es ist davon auszugehen, dass diese Erhebungen nach einer Anlaufphase termingerecht durchgeführt werden können. □

Die Bevölkerungsentwicklung in Hessen seit 1987

Zwischen dem 31.12.1987 und dem 31.12.2002 ist die hessische Bevölkerung um insgesamt 567 000 Personen oder 10,3 % gewachsen und erreichte einen Stand von knapp 6 092 000 Einwohnern. Es sind rund 2 773 000 Menschen ins Land zugewandert, 2 170 000 haben Hessen verlassen. Im selben Zeitraum wurden 898 000 Kinder geboren, 935 000 Menschen starben. Wie sich die hohen Migrationsgewinne — insbesondere zu Beginn der Neunzigerjahre im Zuge politischer Umwälzungen — und die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Geburten und Sterbefälle auf die regionalen Bevölkerungsstände ausgewirkt haben, ist Inhalt des folgenden Beitrags.

Allgemeines

Bevölkerungszahlen sind Fortschreibungsergebnisse, die auf den bei der Volkszählung 1987 ermittelten Bevölkerungszahlen basieren. Sie werden durch Auswertung der Standesamtszählkarten für Geburten und Sterbefälle sowie der Meldungen der Meldebehörden über Zu- und Fortzüge festgestellt. Dabei wird die Bevölkerungsentwicklung des Landes Hessen, wie auch die anderer Länder, fast ausschließlich vom Wanderungsgeschehen, d. h. von der Entwicklung der Zu- und Fortzüge, geprägt. Die natürliche Bevölkerungsbewegung, das sind Geburten und Sterbefälle, beeinflusst die Bevölkerungszahl des Landes seit den Siebzigerjahren in der Gesamtheit negativ.

Hohe Wanderungsgewinne

Von 1988 bis 2002 nahm die Bevölkerung um 567 000 Personen oder 10,3 % zu und erreichte einen Stand von 6 091 618. Die starke Zunahme wurde getragen von den ungewöhnlich hohen Zuwanderungen zwischen 1989 und 1992 im Zuge der Öffnung der Grenzen zu Ost- und Südosteuropa und des Falls der innerdeutschen Grenze. Dabei waren die Bundesländer mit Hilfe von Quotenregelungen in einem angemessenen Verhältnis hinsichtlich der Aufnahme von Aussiedlern und Asylbewerbern belastet worden.

Im Jahr 1990 hatte der Wanderungsgewinn mit über 105 000 Personen ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Danach ging zunächst der Zustrom von Deutschen und später die Nettozuwanderungen von Ausländern wieder stark zurück. Es folgten deutlich moderatere Wachstumsraten, die bis zuletzt zu einem kontinuierlichen Anstieg der Bevölkerung führten. Bei gut 2 773 000 Zu- und über 2 170 000 Fortzügen betrug der Wanderungsgewinn im Beobachtungszeitraum 1988/2002 gut 603 000 Personen, eine Größenordnung, die in etwa der Einwohnerzahl der

Stadt Frankfurt am Main entspricht (siehe auch Schaubild auf Seite 257).

Negative natürliche Bevölkerungsbilanz

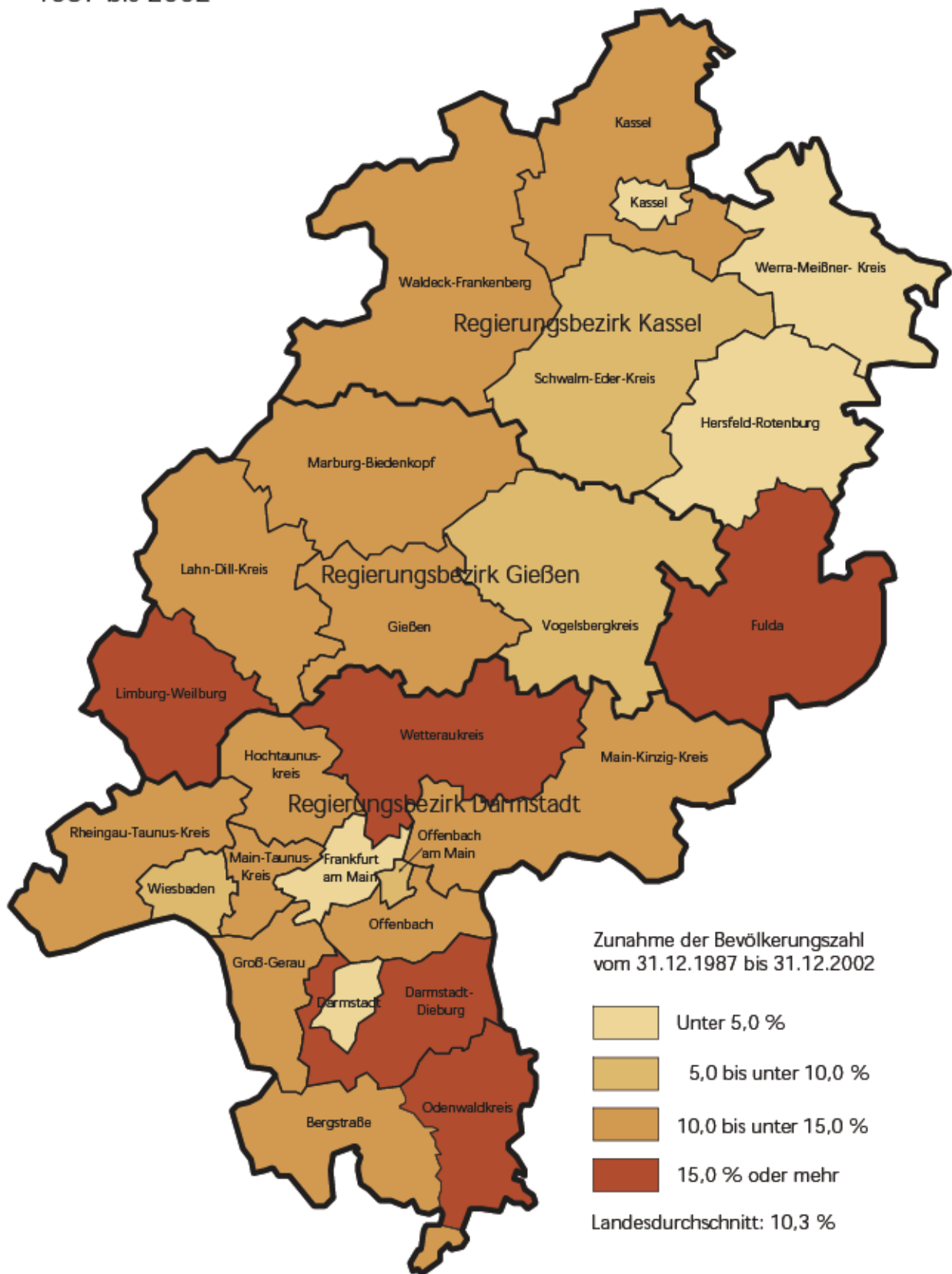
Die Bilanz aus Geburten und Sterbefällen ergab im Zeitraum 1988/2002 einen Sterbefallüberschuss von gut 36 000 Personen. Mehr Sterbefälle als Geburten werden seit 1972 registriert. Eine Ausnahme bildete das Jahr 1997 mit einem Geburtenüberschuss von knapp 1800 Personen.

Nach dem Erreichen des Tiefwertes von rund 50 000 Geburten im Jahr 1985 stieg die Zahl der Geborenen in Hessen zunächst bis 1990 wieder deutlich. Danach folgte eine tendenziell rückläufige Entwicklung, die mit Ausnahme der Jahre 1996 und 1997 bis zuletzt andauerte.

Bevölkerungsbewegung in den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten vom 31.12.1987 bis 31.12.2002

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wanderungsgewinn	Geburtenüberschuss bzw. -defizit	Einwohnerzahl am 31.12.2002	Anstieg in %
Darmstadt, Wissenschaftsst.	6 948	- 3 022	138 959	2,9
Frankfurt am Main, St.	34 262	- 11 913	643 726	3,6
Offenbach am Main, St.	7 560	48	119 233	6,8
Wiesbaden, Landeshauptst.	26 950	- 7 857	271 553	7,6
Bergstraße	27 138	- 2 191	265 491	10,4
Darmstadt-Dieburg	33 228	6 215	289 717	15,8
Groß-Gerau	19 827	4 798	252 020	10,8
Hochtaunuskreis	26 188	- 3 267	227 167	11,2
Main-Kinzig-Kreis	50 051	1 036	409 487	14,3
Main-Taunus-Kreis	16 105	5 702	222 892	10,8
Odenwaldkreis	15 471	- 1 124	100 525	16,6
Offenbach	27 525	6 164	337 451	11,1
Rheingau-Taunus-Kreis	20 610	1 050	185 665	13,2
Wetteraukreis	46 915	- 977	297 863	18,2
Reg.-Bez. Darmstadt	371 472	- 8 602	3 761 749	10,4
Gießen	26 229	1 865	255 370	12,4
Lahn-Dill-Kreis	26 815	- 1 774	262 852	10,5
Limburg-Weilburg	24 760	- 840	175 850	15,7
Marburg-Biedenkopf	20 978	2 359	253 888	10,1
Vogelsbergkreis	14 120	- 4 059	117 949	9,3
Reg.-Bez. Gießen	120 043	- 3 241	1 065 909	11,6
Kassel, documenta-St.	12 973	- 6 923	194 146	3,2
Fulda	27 192	4 336	219 034	16,8
Hersfeld-Rotenburg	9 458	- 5 179	129 153	3,4
Kassel	29 152	- 5 609	245 837	10,6
Schwalm-Eder-Kreis	21 081	- 4 706	192 947	9,3
Waldeck-Frankenberg	24 068	- 3 316	170 401	13,9
Werra-Meißner-Kreis	7 499	- 6 929	112 442	0,5
Reg.-Bez. Kassel	141 649	- 31 154	1 263 960	8,9
Land Hessen	603 103	- 36 113	6 091 618	10,3

Bevölkerungsentwicklung Hessens 1987 bis 2002



© Hessisches Statistisches Landesamt

HSL 62/03

Gemessen an der Zahl der Kinder je Frau blieb jedoch das Geburtenniveau seit 1990 fast unverändert. Nach den Geburtenverhältnissen des Jahres 1990 errechnen sich 1,37, nach denen des Jahres 2002 1,35 Kinder je Frau. Die Zahl der Gestorbenen, die viele Jahre in relativ enger Bandbreite um 63 000 schwankte, nahm 1997 stark ab. Seither hat sich die Sterblichkeit weiter vermindert. 1970 hatte die Lebenserwartung neugeborener Mädchen 73,1 Jahre, die neugeborener Knaben 66,8 Jahre betragen. Die entsprechenden Zahlen für 2002 lagen bei 81,8 bzw. 76,5 Jahren.

Regionale Bevölkerungsveränderungen

Die aus den *Wanderungsüberschüssen* resultierende Bevölkerungszunahme seit 1988 (+ 10,9 %) hat sich sehr unterschiedlich auf die Bevölkerungsstände der 21 hessischen Landkreise und fünf kreisfreien Städte ausgewirkt. Wanderungsgewinne konnten alle Verwaltungsbezirke aufweisen, wobei die Zuwächse von 0,5 bis zu 18,6 % reichten. Die höchsten Bevölkerungszuwächse erzielten dabei der Wetteraukreis (+ 18,6 %) und der Odenwaldkreis (+ 18,0 %) sowie die Landkreise Limburg-Weilburg (+ 16,3 %) und Walddeck-Frankenberg (+ 16,1 %). Am niedrigsten fielen die Wanderungsgewinne bzw. die daraus resultierenden Bevölkerungszunahmen in den kreisfreien Städten Darmstadt (+ 5,1 %), Frankfurt am Main (+ 5,5 %), Offenbach am Main (+ 6,8 %) und Kassel (+ 6,9 %), sowie im Werra-Meißner-Kreis (+ 6,7 %) und im Landkreis Hersfeld-Rotenburg (+ 7,6 %) aus.

Die Wanderungsgewinne wurden in den meisten Verwaltungsbezirken durch ein Geburtendefizit geschmälert, lediglich neun Landkreise und die Stadt Offenbach wiesen im Beobachtungszeitraum mehr Geborene als Gestorbene aus. Dabei verzeichnete der Main-Taunus-Kreis mit 5700 Personen bzw. 2,8 % den höchsten durch Geburtenüberschuss induzierten Bevölkerungsanstieg. Relativ hohe natürliche Wachstumsraten von 2,0 bis zu 2,5 % wiesen noch die Landkreise Offenbach, Groß-Gerau, Fulda und Darmstadt-Dieburg auf. Die größten aus Gestorbenenüberschüssen resultierenden Bevölkerungsverluste hatten die Landkreise Werra-Meißner-Kreis (- 6,2 %), Hersfeld-Rotenburg (- 4,1 %) und Vogelsbergkreis (- 3,8 %), sowie die kreisfreien Städte Kassel (- 3,7 %) und Wiesbaden (- 3,1 %).

Die Karte zeigt den Zuwachs der Bevölkerung zwischen dem 1.1.1988 bis zum 31.12.2002 in den 26 hessischen Verwaltungsbezirken. Dargestellt sind die 21 Landkreise und 5 kreisfreien Städte Hessens. Die Zunahmen zeigen eine Bandbreite zwischen 0,5 % (Werra-Meißner-Kreis) bis zum Maximum von 18,2 % (Wetteraukreis). Nur wenig (unter 5,0 %) bzw. leicht unterdurchschnittlich (5,0 bis unter 10,0 %) wächst in Hessen die Bevölkerungszahl in den im Nord-Osten gelegenen Landkreisen Werra-Meißner-Kreis, Hersfeld-Rotenburg und der kreisfreien Stadt Kassel sowie im Vogelsbergkreis und im Schwalm-Eder-Kreis und schließlich in den im südli-

chen Rhein-Main-Gebiet liegenden Städten Darmstadt, Frankfurt am Main, Offenbach am Main und Wiesbaden.

Starkes Wachstum (10,0 % oder mehr) gibt es außerhalb des Rhein-Main-Ballungsgebietes in den südlichen, an den Landesgrenzen zu Bayern und Rheinland-Pfalz gelegenen Landkreisen, sowie in den Verwaltungsbezirken oberhalb des Rhein-Main-Gebietes, im Wetteraukreis und im Main-Kinzig-Kreis. Sehr hohe Wachstumsraten finden sich ebenfalls in den mittelhessischen Gebieten, und zwar im östlich gelegenen Landkreis Fulda und im westlich gelegenen Landkreis Limburg-Weilburg. Überdurchschnittliches Wachstum verzeichneten auch die nordhessischen Landkreise Walddeck-Frankenberg und Kassel.

Fortschreitender Alterungsprozess

Die Alterung der hessischen Bevölkerung ist in den vergangenen 15 Jahren weiter fortgeschritten. Das Durchschnittsalter aller Einwohner Hessens stieg zwischen 1988 und 2002 von 40 auf 41,5 Jahre. Eine Bevölkerung altert, wenn der natürliche Prozess des Alterns nur unvollständig durch Zugänge Jüngerer kompensiert wird. Der langfristige Anstieg des Altersdurchschnitts, gefördert durch niedrige Geburtenraten und steigende Lebenserwartung, konnte kurz durch die ungewöhnlich hohen Wanderungsgewinne in den Jahren 1989 bis 1992 gestoppt werden. Damals lag das Durchschnittsalter der per saldo zwischen 77 000 und 105 000 Zugewogenen mit knapp 29 Jahren um mehr als zehn Jahre unter dem der ansässigen Bevölkerung. In den Jahren nach 1992 konnten die wesentlich geringeren Wanderungsgewinne den Alterungsprozess der hessischen Bevölkerung zwar abschwächen, aber nicht mehr aufhalten.

Gut die Hälfte der gesamten Bevölkerungszunahme (567 000) der vergangenen 15 Jahre entfiel auf die Gruppe der 60-Jährigen und Älteren (286 600), sodass sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung um 2,8 Prozentpunkte auf 23,9 % erhöhte. Knapp ein Drittel (186 100) des Bevölkerungsanstiegs entfiel auf die Altersgruppe der 20- bis unter 60-Jährigen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank um 2,3 Prozentpunkte auf 55,8 %. Die Quote der unter 20-Jährigen fiel leicht auf 20,4 %, nur knapp 17 % der gesamten Bevölkerungszunahme war auf diese Altersgruppe gefallen.

Die Veränderungen führten in den Landkreisen zu einem stärkeren Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung als in den kreisfreien Städten. In Offenbach am Main fiel es sogar um 0,3 auf 40,7 Jahre und in Wiesbaden (42,1) war die Durchschnittsbevölkerung Ende 2002 ebenso alt wie vor 15 Jahren. In den Landkreisen stieg das Durchschnittsalter der Bevölkerung zwischen 1,1 (Limburg-Weilburg, Walddeck-Frankenberg) und 2,6 Jahren (Landkreis Kassel). Landesweit wies der Landkreis Marburg-Biedenkopf (40,2) das niedrigste Durchschnittsalter auf, im Werra-Meißner-Kreis war der Altersdurchschnitt der Bevölkerung mit 43,4 Jahren am höchsten. □

Daten zur Wirtschaftslage

Im dritten Quartal 2003 sind für die hessische Wirtschaft noch keine Aufschwungtendenzen zu erkennen. Die Entwicklung im Einzelnen: Die preisbereinigten Auftragseingänge nach Gütern und Dienstleistungen der Betriebe des hessischen Verarbeitenden Gewerbes gingen im dritten Quartal 2003 gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres um 3,1 % zurück (Inland: - 4,3 %; Ausland: -1,8 %). Ebenfalls rückläufig verlief die Entwicklung der Umsätze: Die von den Betrieben erwirtschafteten Umsätze sanken um 2,4 % auf 20,8 Mrd. Euro (Inland: - 4,2 %; Ausland: + 0,6 %). Vor diesem Hintergrund setzte sich auch der Beschäftigtenabbau weiter fort. Das hessische Bauhauptgewerbe befindet sich nach wie vor in einer schwierigen Situation. Jedoch gingen die Auftragsrückgänge im dritten Quartal 2003 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nur noch um 0,5 % zurück. Die Umsätze waren dagegen deutlich rückläufig und der Personalstand wurde um knapp 5 % reduziert. Rückgänge waren auch beim genehmigten Hochbauvolumen zu verzeichnen: Im dritten Quartal 2003 ging die zum Bau freigegebene Wohn- und Nutzfläche gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 18 % oder 293 000 m² auf 1,4 Mill. m² zurück. Die hierfür veranschlagten Kosten gingen im gleichen Zeitraum um rund ein Viertel auf 1,3 Mrd. Euro zurück. Die Hoffnungen des hessischen Einzelhandels richten sich mehr und mehr auf das Weihnachtsgeschäft, denn im dritten Quartal 2003 gingen die Umsätze im hessischen Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal und real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, um etwa 3 % zurück. Die anhaltenden Stagnationstendenzen der hessischen Wirtschaft schlagen deutlich auf den Arbeitsmarkt durch. Im Durchschnitt des dritten Quartals 2003 lag die Arbeitslosenzahl mit 244 200 um rund 33 100 oder knapp 16 % über dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals. Bei den Unternehmensinsolvenzen zeigten sich im dritten Quartal 2003 mit einem Rückgang der Zahl der Firmenpleiten leichte Entspannungssignale. In den ersten neun Monaten des Jahres 2003 war die Zahl der Unternehmensinsolvenzen jedoch leicht gestiegen. Der Anstieg der Verbraucherpreise bleibt niedrig; sie waren im dritten Quartal 2003 nur um 0,9 % höher als im Vorjahreszeitraum. Im zweiten Quartal 2003 lag die Teuerungsrate bei 0,7 % und im ersten Quartal ebenfalls bei 0,9 %

Verarbeitendes Gewerbe: Warten auf den Aufschwung — Kaum Nachfrageimpulse

Die Gesamtwirtschaft stagniert 2003 im dritten Jahr in Folge. Das Verarbeitende Gewerbe konnte sich dieser Entwicklung nicht entziehen. Ein fortdauerndes Problem ist die Schwäche des Inlandsmarktes. Solange diese nicht beseitigt ist, können nur steigende Exporte zur Stabilisierung beitragen. Da der Euro zuletzt nicht weiter aufgewertet hat, können die Exporte diese traditionelle Rolle wohl wieder übernehmen.

Im zweiten Quartal und in den Sommermonaten Juli und August 2003 gab es allerdings auch bei der Auslandsnachfrage eine Delle. Erst im September übertrafen die Auslandsaufträge wieder das Vorjahresniveau, was aber für ein positives Ergebnis im gesamten dritten Quartal nicht mehr ausreichte. Die preisbereinigten Auftragseingänge aus dem Ausland verringerten sich um 1,8 % gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres. Da die realen Inlandsaufträge sogar um 4,3 % nachgaben, errechnete sich insgesamt ein Minus von 3,1 %. Wegen des sehr guten ersten Quartals — da spielt ein Basiseffekt eine große Rolle — ergibt sich für die gesamten ersten neun Monate dieses Jahres nur eine geringe Einbuße von 0,6 %. Einem Minus von 1,4 % beim Inlandsgeschäft stand ein leichtes Plus von 0,5 % bei den Auslandsorders gegenüber.

Bei der Chemischen Industrie wirkt die anhaltend schwache Inlandsnachfrage belastend. Im dritten Quartal war dies mit

einem Rückgang von 5,8 % im Vorjahresvergleich besonders ausgeprägt. Dank sehr guter Auslandsabschlüsse im September legte die Exportnachfrage im dritten Quartal um 3,8 % zu. Insgesamt verfehlte die Chemische Industrie das Vorjahresniveau noch knapp um 0,4 %.

Die Interpretation der Daten des Maschinenbaus ist durch Großaufträge im Vorjahr und im laufenden Jahr erschwert. So fiel der Rückgang um 21 % im zweiten Quartal durch einen Basiseffekt zu hoch aus. Im dritten Quartal begünstigten Großaufträge aus dem Ausland das Ergebnis, sodass es zu einer Zuwachsrate von 8,9 % bei den Auslandsbestellungen reichte. Da die Inlandsorders nur knapp um 0,5 % abnahmen, ergab sich insgesamt ein Plus von 3,8 %.

Furios waren die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ins Jahr 2003 gestartet. Nachdem sich aber der Auftragszuwachs im zweiten Quartal schon abgeschwächt hatte, verzeichnete man im dritten Quartal einen deutlichen Nachfrageeinbruch von 22 %. Inlands- und Auslandsorders gaben um 23 bzw. 21 % nach.

Enttäuschende Umsatzentwicklung im dritten Quartal

Die Umsatzentwicklung der hessischen Industrie zeigt an, dass der Output zuletzt rückläufig war. Nach einem ferienbedingten kräftigen Umsatzrückgang im August gab es auch im September eine Abnahme. Im gesamten dritten Quartal gingen die Umsätze um 2,4 % auf 20,8 Mrd. Euro zurück.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel ⁵⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁸⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 1995 = 100			Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁶⁾	Preis- index für die Lebenshaltung ⁷⁾	Arbeitslose ⁹⁾	Arbeitslosenquote ¹⁰⁾	Offene Stellen ⁹⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹¹⁾	
	Ins-gesamt	Inland	Ausland									Beschäftigte
				2000 = 100	2000 = 100							
Grundzahlen ¹²⁾												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	.	100	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	101,3	89,4	123,4	444 017	83,9	30 621	102,0	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2002 August	97,6	87,9	115,4	453 671	89,2	30 567	99,1	103,1	210 290	7,6	28 860	8 876
September	102,3	88,5	127,8	452 766	83,7	30 649	99,1	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3. Vj. D	102,6	90,9	124,4	453 151	85,8	30 445	98,8	103,1
Oktober	107,7	96,5	128,4	449 984	84,1	30 719	107,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	104,6	91,6	128,5	447 765	74,9	30 631	110,7	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	91,6	81,0	111,1	445 739	76,4	29 858	119,2	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	101,3	89,7	122,7	447 829	78,5	30 403	112,6	103,0
2003 Januar	102,2	87,1	130,1	439 798	49,1	28 613	94,8	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415
Februar	102,2	88,6	127,2	439 747	59,2	28 291	89,2	104,0	249 718	9,1	28 884	15 268
März	105,2	91,5	130,4	439 490	84,0	28 699	101,2	103,9	247 062	9,0	30 402	15 966
1. Vj. D	103,2	89,1	129,2	439 678	64,1	28 534	95,1	103,8
April	98,5	87,1	119,4	437 953	65,0	28 918	103,6	103,8	244 698	8,9	30 489	27 680
Mai	103,2	91,4	124,8	437 080	74,5	29 088	102,2	103,6	239 071	8,7	29 650	26 859
Juni	97,3	85,4	119,4	436 520	82,5	28 934	93,7	103,7	237 433	8,6	27 885	26 547
2. Vj. D	99,7	88,0	121,2	437 184	74,0	28 980	99,8	103,7
Juli	104,9	95,0	123,0	435 573	83,1	29 056	99,1	104,0	248 582	9,0	25 942	20 139
August	88,6	76,3	111,7	435 849	78,4	29 110	91,0	104,1	246 084	8,9	25 703	16 380
September	104,4	89,7	131,4	435 276	94,6	28 879	97,7	104,0	238 537	8,7	23 405	18 540
3. Vj. D	99,4	87,0	122,0	435 566	85,4	29 015	95,9	104,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾												
2000 D	6,7	3,7	11,4	-1,1	.	-5,5	.	.	-10,2	.	22,4	-19,4
2001 D	-2,2	-3,2	-0,8	-0,2	-4,4	-7,2	.	1,7	-6,7	.	0,4	51,7
2002 D	-1,6	-4,1	2,2	-3,1	-12,3	-7,8	-1,6	1,3	6,5	.	-16,6	95,6
2002 August	-2,5	-6,9	4,4	-3,4	-30,3	-9,5	0,0	1,1	7,4	.	-24,0	81,4
September	1,6	-3,3	8,6	-3,5	-34,9	-8,8	3,0	1,0	7,0	.	-25,5	60,8
3. Vj.	1,5	-1,9	6,4	-3,4	-24,0	-9,3	2,4	1,0
Oktober	5,0	2,9	8,1	-3,6	11,6	-7,9	4,9	1,3	6,7	.	-21,2	41,9
November	0,9	-3,2	6,7	-3,6	-11,5	-6,1	1,0	1,1	7,7	.	-17,4	14,2
Dezember	-6,3	-5,4	-7,6	-3,5	1,6	-6,8	-0,2	1,2	7,4	.	-21,8	-41,8
4. Vj.	-0,1	-1,8	2,4	-3,6	0,0	-6,9	1,8	1,2
2003 Januar	6,3	-0,1	15,4	-3,8	-14,7	-8,0	-1,0	0,9	9,2	.	-21,0	-32,9
Februar	6,9	5,9	8,2	-3,5	-6,2	-7,8	-1,3	1,0	12,0	.	-21,9	-40,6
März	4,2	0,4	9,4	-3,3	-17,6	-6,5	-2,7	0,8	14,4	.	-22,0	-38,0
1. Vj.	5,8	2,0	10,9	-3,5	-13,6	-7,5	-1,7	0,9
April	-5,5	-5,8	-5,0	-3,3	-31,7	-6,9	-0,1	0,8	15,5	.	-19,6	12,6
Mai	-1,1	4,7	-8,2	-3,2	-9,9	-5,9	1,5	0,6	14,1	.	-14,4	96,4
Juni	-5,4	-4,0	-7,2	-3,3	-26,9	-4,9	-2,0	0,8	13,2	.	-15,1	109,4
2. Vj.	-3,9	-1,8	-6,8	-3,3	-23,7	-5,9	-0,2	0,7
Juli	-2,7	-1,2	-4,9	-3,8	-1,7	-3,5	0,9	0,7	16,0	.	-14,2	152,1
August	-9,0	-13,2	-3,2	-3,9	-12,1	-4,8	-8,2	1,0	17,0	.	-10,3	84,5
September	2,1	1,4	2,8	-3,9	13,1	-5,8	-1,4	1,0	14,9	.	-13,4	97,5
3. Vj.	-3,1	-4,3	-1,8	-3,9	-0,5	-4,7	-2,9	0,9
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2002 August	-9,5	-8,6	-10,8	0,1	5,5	1,5	0,9	-0,2	-1,9	.	-5,2	11,1
September	4,8	0,7	10,7	-0,2	-6,2	0,3	0,0	-0,1	-1,3	.	-5,7	5,8
3. Vj.	-1,2	1,5	-4,4	0,3	-11,5	-1,2	-1,2	0,1
Oktober	5,3	9,0	0,5	-0,6	0,5	0,2	8,8	-0,1	0,6	.	-5,6	12,7
November	-2,9	-5,1	0,1	-0,5	-10,9	-0,3	2,7	-0,3	2,3	.	-2,9	8,0
Dezember	-12,4	-11,6	-13,5	-0,5	2,0	-2,5	7,7	1,0	4,2	.	-6,3	-2,7
4. Vj.	-1,3	-1,3	-1,4	-1,2	-8,5	-0,1	14,0	-0,1
2003 Januar	11,6	7,5	17,1	-1,3	-35,7	-4,2	-20,5	-0,1	9,8	.	10,6	29,5
Februar	0,0	1,7	-2,2	-0,0	20,5	-1,1	-5,9	0,5	2,3	.	12,5	5,9
März	2,9	3,3	2,5	-0,1	42,1	1,4	13,5	-0,1	-1,1	.	5,3	4,6
1. Vj.	1,9	-0,7	5,3	-1,8	-18,3	-6,2	-15,5	0,8
April	-6,4	-4,8	-8,4	-0,3	-22,6	0,8	2,4	-0,1	-1,0	.	0,3	73,2
Mai	4,8	4,9	4,5	-0,2	14,5	0,6	-1,4	-0,2	-2,3	.	-2,8	-2,9
Juni	-5,7	-6,6	-4,3	-0,1	10,9	-0,5	-8,3	0,1	-0,7	.	-6,0	-1,2
2. Vj.	-3,4	-1,2	-6,2	-0,6	15,4	-1,6	4,9	-0,1
Juli	7,8	11,2	3,0	-0,2	0,7	0,4	5,8	0,3	4,7	.	-7,0	-24,1
August	-15,3	-19,7	-9,2	0,1	-5,7	0,2	-8,2	0,1	-1,0	.	-0,9	-18,7
September	17,6	17,6	17,6	-0,1	20,6	-0,8	7,4	-0,1	-3,1	.	-8,9	13,2
3. Vj.	-0,3	-1,1	0,7	-0,4	15,4	0,1	-3,9	0,3

1) Einschli. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Die Inlandsumsätze verringerten sich um 4,2 % auf 12,5 Mrd. Euro, während die Umsätze mit ausländischen Geschäftspartnern um 0,6 % auf 8,4 Mrd. Euro zunahmen. Die Exportquote, d. h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, erreichte 40 %.

Nach zwei Monaten mit schwächeren Exporten konnte die Chemische Industrie im September ihren Auslandsumsatz kräftig steigern, sodass dieser im gesamten dritten Quartal um 2 % auf 2,5 Mrd. Euro zunahm. Da die Inlandsumsätze aber in diesem Zeitraum um 0,9 % auf 1,7 Mrd. Euro abnahmen, reichte es insgesamt nur zu einem leichten Plus von 0,8 % auf 4,2 Mrd. Euro.

Der hessische Maschinenbau — der bereits im zweiten Quartal Federn lassen musste — musste auch im dritten Quartal Einbußen hinnehmen. Das Inlandsgeschäft brach ein, sodass die Inlandsumsätze um 17 % auf 1,1 Mrd. Euro abnahmen. Da die Exporte nur leicht um 0,6 % auf 1,3 Mrd. Euro zunahmen, ergab sich insgesamt ein Minus von 8,5 % auf 2,4 Mrd. Euro. Die Exportquote lag im dritten Quartal bei 53 %.

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen liegen mit einem Umsatzanstieg von 12 % in den ersten neun Monaten dieses Jahres im „grünen Bereich.“ Die Entwicklung im Jahresverlauf ist allerdings ernüchternd. Nach einem Plus von 39 % im ersten Vierteljahr folgte im zweiten Quartal noch eine Zunahme von 14 %. Im dritten Quartal gingen die Umsätze allerdings um 12 % auf knapp 2,5 Mrd. Euro zurück. Die Inlandsumsätze gingen um 14 % auf 1,2 Mrd. Euro und die mit dem Ausland um 10 % auf 1,2 Mrd. Euro zurück.

Anhaltender Beschäftigungsabbau

Der unzureichende Output des hessischen Verarbeitenden Gewerbes, der sich in der schwachen Umsatzentwicklung manifestiert, und die zu niedrige Kapazitätsauslastung führen zu anhaltendem Beschäftigungsabbau. Die kalender- und saisonbereinigten Beschäftigtenzahlen signalisieren seit vielen Monaten einen stetigen Beschäftigungsrückgang. Auch der Verlauf der Originalwerte lässt im Vorjahresvergleich die ganze „Malaise“ erkennen. Mit 435 600 Beschäftigten im Durchschnitt des dritten Quartals wurde der Vorjahresstand um 3,9 % unterschritten. Das ist das schlechteste Ergebnis in diesem Jahr. Im gesamten Jahr 2003 wird es den stärksten Beschäftigungsrückgang seit sechs Jahren geben. Besonders ungünstig war im bisherigen Jahresverlauf die Entwicklung im Maschinenbau. Die Beschäftigtenzahl lag im dritten Quartal mit 58 500 um 6,2 % niedriger als vor Jahresfrist. Im ersten Quartal hatte die Abnahmerate noch 4,2 % betragen. Mit 62 300 Mitarbeitern verfehlte die Chemische Industrie im dritten Quartal den Vorjahresstand um 2,0 %. Trotz unbefriedigender Geschäftsentwicklung hat sich die Beschäftigungsentwicklung im Kraftwagensektor noch nicht weiter verschärft. Die Beschäftigtenzahl verringerte sich im dritten Quartal um 2,1 % auf 55 500.

Bauhauptgewerbe: Anhaltend schwierige Situation — Aber erstmals wieder Auftragszunahme im September

Das Bauhauptgewerbe vollzieht seit Jahren einen drastischen Kapazitätsabbau. Das gilt besonders für die neuen Bundesländer, die während des Wiedervereinigungsbooms erhebliche Überkapazitäten aufgebaut haben. Aber auch die alten Bundesländer, wie Hessen, sind stark betroffen. Die immer wieder erhoffte Wende scheiterte in den letzten Jahren nicht zuletzt an der schlechten gesamtwirtschaftlichen Konjunktur.

Erstmals im Jahr 2003 verzeichnete das hessische Bauhauptgewerbe im September wieder einen Anstieg der Auftragseingänge. Ob das bereits der Beginn einer Besserung ist, werden die nächsten Monate zeigen müssen. Im September nahmen die Auftragseingänge um 13 % auf 310 Mill. Euro zu. Im gesamten dritten Quartal wurde das Ergebnis des entsprechenden Vorjahresquartals aber um 0,5 % verfehlt. Der Wohnungsbau verzeichnete in diesem Zeitraum einen Nachfrageanstieg von 43 %. Hier könnte die Diskussion über den Wegfall der Eigenheimzulage zu Vorzieheffekten geführt haben. Immer noch deutlich im Minus bewegt sich der Wirtschaftsbau mit Nachfrageeinbußen von 12 % im Hochbau und 21 % im Tiefbau. Dagegen konnte der Straßenbau wieder an das positive Ergebnis im ersten Quartal anknüpfen — im zweiten Quartal hatte es eine Nachfragedelle gegeben — und einen Zuwachs von 23 % verbuchen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres verzeichnete das hessische Bauhauptgewerbe einen Nachfragerückgang von 13 %.

Weniger ausgeprägt war der Rückgang der baugewerblichen Umsätze mit einer Abnahme von 4,4 % in den ersten neun Monaten des Jahres. Im Gegensatz zu den Auftragseingängen fließen bei den Umsätzen auch die Arbeiten der Subunternehmer mit ein. Im dritten Quartal wurde allerdings ein deutlicher Umsatzrückgang von 10 % auf 1 Mrd. Euro verzeichnet, ein deutlich schlechteres Ergebnis als in den beiden ersten Quartalen mit einer Zunahme von 4 bzw. einer Abnahme von 3,9 %. Beim Wirtschaftsbau gab es im dritten Quartal bei den Umsätzen eine deutliche Einbuße um ein Viertel auf 410 Mill. Euro.

Die Beschäftigungssituation hat sich im Durchschnitt des dritten Quartals gegenüber den Vorquartalen verbessert, im Laufe des dritten Quartals aber von Monat zu Monat verschlechtert. Im Durchschnitt des dritten Quartals lag die Beschäftigtenzahl mit 29 000 um 4,7 % niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dies ist ein geringerer Rückgang als in den beiden ersten Quartalen. Allerdings hat das Abnahmetempo von Juli bis September wieder zugenommen. Auch die kalender- und saisonbereinigten Werte machen dies deutlich.

Weniger genehmigte Baumaßnahmen im Wohnbau und Nichtwohnbau

Die hessischen Bauaufsichtsbehörden meldeten im dritten Quartal 2003 rund 1,4 Mill. m² zum Bau freigegebene Wohn- und Nutzflächen. Gegenüber dem dritten Vierteljahr 2002 ging die Nachfrage nach Wohn- und Nutzflächen um 18 % oder 293 000 m² zurück. An reinen Baukosten wurden im gleichen Zeitraum mit 1,3 Mrd. Euro rund ein Viertel weniger veranschlagt. Wie schon im zweiten Vierteljahr 2003 reduzierte sich das Genehmigungsvolumen besonders bei der Bauherrngruppe der privaten Haushalte. Flächenbedarf und veranschlagte Kosten verringerten sich hier um 30 bzw. 28 %. Bei der Bauherrngruppe „Unternehmen“ wurde ein weniger rückläufiger Trend festgestellt. Die beantragten Wohn- und Nutzflächen lagen um 15 % unter denen des Vorjahresquartals; die Baukosten wurden um 25 % geringer veranschlagt. Der Rückgang bei den Unternehmen betraf gleichermaßen das Wohn- und Nichtwohnbausegment. Bei den öffentlichen Bauherren, die allerdings mit einem Anteil von 7 % an den Flächen bzw. von 13 % an den Kosten weniger zum Baugeschehen beitrugen als die beiden anderen großen Bauherrngruppen, wurden fast eineinhalb Mal so viel Flächen wie im Vergleichsquartal zum Bau freigegeben. Die Kosten wurden dabei jedoch um 21 % geringer beziffert.

In den Monaten Juli bis September 2003 wurden bei den Baubehörden Baugenehmigungen für rund 1700 neue *Wohngebäude* erfasst. Das waren 620 weniger als im Vergleichszeitraum, in dem jedoch überdurchschnittlich viele Baufreigaben beobachtet worden waren. Eine sehr starke Verminderung ist vor allem im Bereich der Zwei- und Mehrfamilienhäuser zu verzeichnen. Für die Errichtung von Einfamilienhäusern verringerte sich die Zahl der Baufreigaben nur gering um 3,7 %. Auf Grund dieser Entwicklung nahm auch die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen ab. Insgesamt wurden mit 3800 rund drei Zehntel weniger neue oder umzubauende Wohnungen gezählt. Die genehmigten Wohnflächen sowie die veranschlagten reinen Baukosten reduzierten sich um jeweils 27 %.

Das gemeldete Genehmigungsvolumen ging im dritten Quartal 2003 im *Nichtwohnbau* ebenfalls zurück. Die beantragte Gesamtnutzfläche betrug 778 000 m², was einer Verminderung des Flächenbedarfs um ein Zehntel entsprach. Die veranschlagten reinen Baukosten für die geplanten Nichtwohngebäude lagen um 199 Mill. Euro oder 22 % unter denen des Vorjahresquartals. Dabei war im Nichtwohnbausegment keine einheitliche Entwicklung zu beobachten. Bei den nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, insbesondere bei Fabrik-, Werkstatt, Handels- und Lagergebäuden, wurden gegenüber dem dritten Vierteljahr 2002 zum Teil erheblich weniger Nutzflächen genehmigt. Auch die Kosten wurden hier entsprechend niedriger beziffert. Weniger stark war der Rückgang bei Büro- und Verwaltungsgebäuden. Ein gegenüber dem Vorjahreszeitraum zum

Teil deutlich höherer Bedarf an Flächen in Nichtwohngebäuden war bei Anstaltsgebäuden, Hotels und Gaststätten sowie bei sonstigen Nichtwohngebäuden, zu denen u. a. Kindertagesstätten, Schulen, Museen, Theater, Bibliotheken, Kongresshallen sowie Sportgebäude zählen, festzustellen. Eine Steigerung wurde bei Anstaltsgebäuden sowie Hotels und Gaststätten auch bei den veranschlagten Kosten festgestellt; lediglich bei der sehr inhomogenen Gebäudeart der sonstigen Nichtwohngebäude verminderten sich die Beträge gegenüber dem Vergleichszeitraum.

Gedrückte Stimmung im Einzelhandel

Die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) gingen im dritten Vierteljahr 2003 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal und real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, um etwa 3 % zurück.

Mehr in ihren Kassen hatten weiterhin die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal + 1 und real + 2 %). Der sonstige Facheinzelhandel befand sich mit nominal – 4,5 und real – 4 % im deutlichen Abschwung; lediglich der dem Heimwerkerbereich zuzuordnende Einzelhandel steigerte seinen Umsatz, und zwar nominal und real um etwa 2 %. Bei der vom Umsatzanteil her bedeutendsten Branche, dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören —, stiegen hingegen die Umsätze im dritten Vierteljahr 2003, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 2002, nominal um gut 1 und real um 0,5 %. Beim Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren stiegen die Umsätze zwar nominal um gut 1 %, real war dies jedoch ein Rückgang von 1 %. Der Einzelhandel, der — wie z. B. der Versandhandel — seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, büßte im dritten Quartal 2003 erheblich an Umsatz ein: Nominal und real gab es dort — verglichen mit dem gleichen Vorjahreszeitraum — ein Minus von etwa 9 %.

Die flauere Konjunktur im Einzelhandel führte dort zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung. Sie ging im Betrachtungszeitraum um 3,5 % zurück.

Keine Entspannungssignale am Arbeitsmarkt

Im dritten Quartal 2003 meldeten sich 126 200 Personen arbeitslos. Das waren 10 800 oder reichlich 9 % mehr als in den Monaten Juli bis September 2002. Dieser Anstieg resultierte vor allem aus konjunkturbedingten Arbeitslosmeldungen von Personen mit vorangegangener Erwerbstätigkeit (+ 11 900 oder + 22 %), weil Unternehmen mit schlechter Auftragslage vermehrt Arbeitsverträge kündigten bzw. auslaufen ließen. Aber auch Rationalisierungsmaßnahmen und Insolvenzen spielten hier eine Rolle. Arbeitslosmeldungen nach vorheriger betrieblicher Ausbildung (+ 3900) haben sich durch einen Basiseffekt sogar mehr als verdoppelt, weil

der Beginn der hessischen Sommerferien vom zweiten Quartal im Vorjahr in das dritte Quartal im laufenden Jahr wechselte. Der seit Jahresmitte 2002 zu beobachtende starke Anstieg der Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit war schon im zweiten Quartal 2003 zum Stillstand gekommen und zeigte sich nun im Berichtszeitraum (- 5000 oder - 8 %) deutlich rückläufig.

Den 126 200 Arbeitslosmeldungen standen im dritten Quartal nur 40 600 den hessischen Arbeitsämtern als offen gemeldete Stellen gegenüber. Das waren 6200 oder gut 13 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Insgesamt schieden im Berichtszeitraum 125 100 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 7500 oder 6 % mehr als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt der Monate Juli bis September 2003 wurden 244 200 Arbeitslose registriert, 33 100 oder knapp 16 % mehr als im dritten Quartal des Vorjahres. Um vorhandene Arbeitsplätze möglichst zu erhalten, wird Engpässen beim Auftragsengang nach wie vor durch Kurzarbeit begegnet. Im dritten Quartal 2003 waren durchschnittlich 18 400 Arbeitskräfte von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen. Das waren ferienbedingt 8700 oder 32 % weniger als im Vorquartal, aber 9600 oder 110 % mehr als im Vorjahresquartal, weil sich im Berichtsquartal insbesondere die Arbeitszeiteinschränkungen eines Luftfahrtunternehmens bemerkbar machten.

Unternehmensinsolvenzen: Tendenz wieder freundlicher

Die sich auf eine moderate Zunahme der Zahl der Unternehmensinsolvenzen zum Jahresanfang 2003 stützende vage Aussicht auf eine Beruhigung der Entwicklung hat sich, nachdem sie sich im zweiten Vierteljahr dieses Jahres etwas getrübt hatte, wieder aufgehellt. Im ersten Vierteljahr 2003 nahmen die Insolvenzen von Unternehmen in Hessen lediglich um 28 oder 5,2 % auf 562 zu. Sie zogen aber im zweiten Quartal des Jahres um 91 oder 18,3 % auf 587 an. Im dritten Quartal ist nun die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 45 oder 7,3 % auf 619 zurückgegangen. Am Ende des dritten Quartals waren damit in diesem Jahr bislang insgesamt 1723 Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen, 74 oder 4,5 % mehr als in den ersten neun Monaten des Jahres 2002. Zur Jahreshälfte waren in Hessen 1149 Unternehmensinsolvenzen gezählt worden. Dies waren noch 119 oder 11,6 % mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2002.

Von Zunahmen der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahreszeitraum waren im ersten Halbjahr 2003 noch alle Wirtschaftsbereiche, mit Ausnahme des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens, betroffen. Bis zum Ende des dritten Vierteljahres konnten für die Hälfte der Wirtschaftsbereiche rückläufige oder zumindest stagnierende Insolvenzzahlen festgestellt werden. Die zahlenmäßig stärksten Zunahmen der Unternehmensinsolvenzen waren dabei in den Dienstleistungsbereichen und im Verarbeitenden Gewerbe zu be-

obachten. Im Wirtschaftsbereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ kam es zu 473 Insolvenzen, 41 oder knapp 10 % mehr als in den ersten drei Quartalen des Jahres 2002. Im Wirtschaftsbereich „Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen“ wurden im bisherigen Jahresverlauf 78 Unternehmen insolvent (+ 34, + 77 %) und im Verarbeitenden Gewerbe 221, 14 oder rund 7 % mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im Baugewerbe kam es in den ersten drei Quartalen 2003 zu 342 Unternehmensinsolvenzen, 4 (- 1,2 %) weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die kräftigsten Abnahmen der Insolvenzzahlen wies nun neben dem Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (- 10, - 21 %) der Handel (einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern) auf. Hier gingen die Insolvenzzahlen binnen Jahresfrist um 11 (- 3 %) auf 329 zurück.

Von den von Januar bis September gegen 1723 hessische Unternehmen beantragten Insolvenzen führten 942 oder 55 % auch zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatte die Eröffnungsquote — bei 971 eröffneten Verfahren und 1649 Insolvenzen — noch bei 59 % gelegen. Damit hat sich der, seit Inkrafttreten der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 erstmals im zweiten Quartal dieses Jahres in Hessen zu beobachtende, Rückgang der Eröffnungsquote bei den Unternehmensinsolvenzen fortgesetzt.

Dennoch stellten sich, neben den reinen Fallzahlen, auch die materiellen Gesichtspunkte der Unternehmensinsolvenzen am Ende des dritten Vierteljahres sehr viel freundlicher dar. So standen in den von Januar bis Ende September des Jahres 2003 bei den Insolvenzgerichten gegen Unter-

Unternehmensinsolvenzen in den ersten neun Monaten der Jahre 2002 und 2003 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche	Januar bis Ende September		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	2002	2003	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	17	15	- 11,8
Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾	208	224	7,7
Baugewerbe	346	342	- 1,2
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz. und Gebrauchsgütern	340	329	- 3,2
Gastgewerbe	90	88	- 2,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	104	112	7,7
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	432	473	9,5
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	44	78	77,3
Übrige Wirtschaftsbereiche ²⁾	68	62	- 15,7
Insgesamt	1 649	1 723	4,5

1) Einschl. Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2) Kredit- und Versicherungsgewerbe; Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.

nehmen beantragten Verfahren voraussichtliche Forderungen in Höhe von gut 1,5 Mrd. Euro zur Auseinandersetzung an. Das waren gut 2,2 Mrd. Euro oder knapp 60 % weniger als in den ersten neun Monaten des Vorjahres.

Zudem waren von den bislang im Jahr 2003 gemeldeten Unternehmensinsolvenzen in Hessen rund 11 300 Beschäftigte direkt betroffen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres standen dagegen bei den gerichtsanhängigen Insolvenzen mindestens 18 700 Arbeitsplätze zur Disposition. Im laufenden Jahr sind bei insolventen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes rund 4300 Beschäftigte, im Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ nahezu 1800 Beschäftigte und im Handel (einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgegenständen) fast 1700 Beschäftigte von dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht. In mehr als der Hälfte der 1723 Unternehmensinsolvenzen der ersten neun Monate dieses Jahres (880) gab es bei dem mutmaßlich endgültigen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Unternehmen keine Beschäftigten mehr und in über 200 Insolvenzverfahren müssen jeweils mehr als

10 Beschäftigte um ihre Arbeitsplätze bangen. Gut 7200 der 11 300 von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten waren in einer der rund 1100 in den ersten drei Quartalen des Jahres in Insolvenz geratenen Gesellschaften mbH beschäftigt.

Deutliche Unterschiede weist bei den Unternehmen weiterhin das regionale Insolvenzgeschehen in Hessen auf. Die Unternehmensinsolvenzen nahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bei den Insolvenzgerichten im Regierungsbezirk Kassel am stärksten ab. In Nordhessen wurden 58 oder fast 18 % weniger Unternehmensinsolvenzen von den Gerichten gemeldet. In Mittelhessen (Regierungsbezirk Gießen) dagegen wurden mit 289 Unternehmensinsolvenzen 37 oder knapp 15 % mehr beantragt als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Im Regierungsbezirk Darmstadt addierten sich die Unternehmensinsolvenzen im laufenden Jahr auf 1162; dies waren 95 oder nahezu 9 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. In allen kreisfreien Städten — mit Ausnahme von Frankfurt am Main, wo es zu 70 oder fast 32 % mehr Unternehmensinsolvenzen kam — waren die Insolvenzzahlen am Ende der ersten neun Monate dieses Jahres rückläufig.

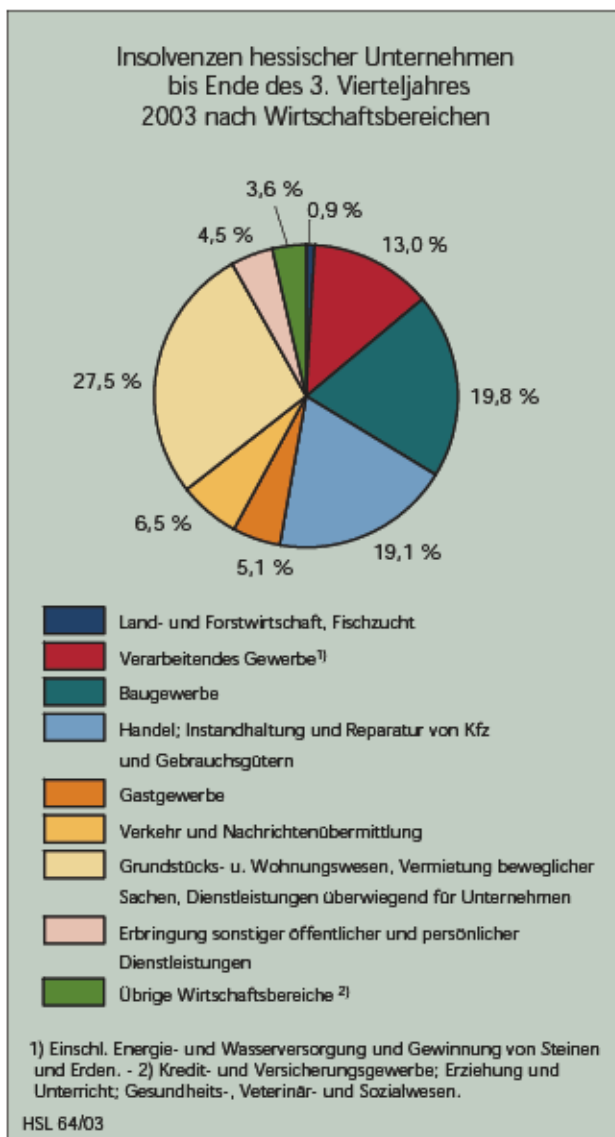
Verbraucherpreise um 0,9 % höher als vor Jahresfrist

Der Anstieg der Verbraucherpreise bleibt niedrig. Im dritten Quartal waren die Verbraucherpreise — wie bereits im ersten Quartal — um 0,9 % höher als ein Jahr zuvor. Im zweiten Quartal hatte die Teuerungsrate nur 0,7 % betragen. Wie im zweiten haben sich auch im dritten Quartal die Preisbewegungen für Heizöl und Kraftstoffe weitgehend gegenseitig neutralisiert: Während Heizöl im dritten Quartal um 3,1 % billiger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres war, stiegen die Kraftstoffpreise um 2,5 %.

Nahrungsmittel waren im dritten Quartal um 1,1 % teurer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, nachdem sie im ersten Quartal noch um 2,2 % und im zweiten Quartal um 0,3 % billiger gewesen waren. Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung) stiegen um 1,4 %. Dagegen gingen die Preise für Kleidung und Schuhe um 3 % zurück.

Im Einzelnen war der Verbraucherpreisindex im Juli um 0,7 % sowie im August und September um jeweils 1,0 % höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Innerhalb des dritten Quartals hat der Index zwar zunächst zugenommen, ist dann aber wieder auf den im Juli erreichten Stand zurückgefallen. Nachdem er von Juni auf Juli (beim Übergang vom zweiten auf das dritte Quartal) noch um 0,3 % gestiegen war, nahm er von Juli auf August nur noch um 0,1 % zu und sank dann bis September wieder um 0,1 %.

Zu Beginn des vierten Quartals blieb die Preisentwicklung weiter ruhig. Im Oktober war der Verbraucherpreisindex genau so hoch wie im September und um 1,1 % höher als ein Jahr zuvor. □



- Anfang 2003 gab es in 4 von 5 hessischen Haushalten mindestens einen *Personenkraftwagen*, nachdem 3 % der Haushalte sich in den letzten 5 Jahren erstmals einen PKW zugelegt hatten. Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 zeigen, dass ein Neuwagen aber nur noch in jedem dritten Haushalt anzutreffen war. Der Ausstattungsgrad der Haushalte mit Neuwagen war damit auf den Stand des Jahres 1973 zurückgefallen. Ein „Gebrauchter“ wurde in jedem zweiten Haushalt genutzt. Geleaste Fahrzeuge waren in jedem zwanzigsten Haushalt anzutreffen. Die nochmalige Erhöhung der Ausstattung mit PKW ist auf überdurchschnittlich viele Erstanschaffungen in Ein- und Zweipersonenhaushalten zurückzuführen. Erstanschaffungen in Haushalten mit 3 oder mehr Personen blieben unter 1 %, denn 96 % dieser Haushalte nutzten mindestens einen PKW, sodass die Möglichkeiten weiterer Erstanschaffungen nahezu ausgereizt waren. Der PKW-Bestand insgesamt hat sich gegenüber 1998 um 6 % auf 110 PKW je 100 Haushalte erhöht, und zwar im Wesentlichen durch die Anschaffung gebrauchter Fahrzeuge (+ 10 %). Der Anteil fabrikneu gekaufter PKW sank dagegen um 6 % auf 40 %. Der Anteil geleaster Fahrzeuge war mit 6 % fast doppelt so hoch wie 1998.

- In den ersten 9 Monaten dieses Jahres zählten die *Beherbergungsbetriebe* mit 9 oder mehr Betten in Hessen 7,1 Mill. Ankünfte und 18,2 Mill. Übernachtungen. Dies waren jeweils 4 % weniger Gäste und Übernachtungen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2002. Während sich die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen in der „klassischen Hotellerie“, also bei den Hotels, Gasthöfen, Pensionen und Hotels garnis gemäß der allgemeinen Entwicklung um etwa 4 % verringerte, schnitt die „Parahotellerie“, also beispielsweise Erholungs- und Schulungsheime, Ferienhäuser und -zentren sowie Jugendherbergen, bei den Ankünften mit – 3 % etwas besser ab. Die Zahl der Übernachtungen ging jedoch um knapp 5 % zurück. Etwas günstiger kamen die Vorsorge- und Reha-Kliniken davon: Sie hatten fast 2 % weniger Gäste, die annähernd 5 % weniger Übernachtungen buchten.

- Im Rahmen der derzeit in Wiesbaden stattfindenden Fachtagung des Deutschen Städtetages „KommOn 2003“ haben der Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Finanzen, Harald Lemke und der Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes, Eckart Hohmann, das „*Internetportal Gewerbemeldungen*“ seiner Bestimmung übergeben. Dabei handelt sich um ein System für die Kommunikation zwischen den Kommunen und der Landesverwaltung in Hessen, mit dem eine leichtere Abwicklung von Verwaltungsprozessen mit Effizienzvorteilen wie Zeit- und Kostenersparnissen unmittelbar umgesetzt wird. Die Lieferung der monatlich 10 Mal bis zu 12 000 Meldungen im papiernen Durchschreibeformat an die in der Gewerbeordnung benannten Stellen wird ersetzt durch die einmalige Einspeisung über Internet in einen zentralen Datenserver. Der Datenserver informiert die jeweils empfangsberechtigten Stellen darüber, dass neue Gewerbemeldungen vorhanden sind und

fordert diese auf, die für sie bestimmten Angaben aus dem System über das Internet abzuholen. Auf Grund seiner umfangreichen Erfahrungen mit unterschiedlichen Datenübertragungsverfahren auf Bundes- und Landesebene und gefördert mit Mitteln von Hessen Media hat das Hessische Statistische Landesamt das Portal konzipiert, entwickelt und getestet. Die eGovernment-Anwendung wird den Beteiligten kostenfrei zur Verfügung gestellt. Das Internetportal bettet sich nahtlos in die eGovernment-Initiative der Landesregierung ein, durch die das Angebot internet-basierter Transaktionsdienstleistungen öffentlicher Einrichtungen gefördert wird. Das Projekt steigert die Akzeptanz von eGovernment in der Öffentlichkeit als Beitrag zur Modernisierung von Landes- und Kommunalverwaltungen. Das heute produktiv geschaltete System kann konsequent weiter entwickelt werden, um auch als Service für die gewerbliche Wirtschaft zur Verfügung zu stehen.

- *Diabetes mellitus* gehört seit Jahren zu den 20 häufigsten Erkrankungen der in hessischen Krankenhäusern behandelten Patienten. Im Jahr 2001 wurden 15 800 Patienten wegen Diabetes behandelt, 3800 oder 32 % mehr als 1996. Die durchschnittliche Verweildauer der Diabetes-Patienten im Krankenhaus sank von 15,7 Tagen im Jahr 1996 auf 12,9 im Jahr 2001. Frauen waren von Diabetes etwas häufiger betroffen als Männer. Der Anteil der Frauen an allen behandelten Diabetes-Patienten betrug 53 %, 1996 waren es noch 57 %. Bezüglich des Alters der Patienten gab es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Während Männer mit Diabeteserkrankungen in den Altersgruppen bis unter 65 Jahren fast durchweg höhere Anteilwerte aufwiesen als die Frauen, waren die Frauen ab einem Alter von über 70 Jahren stärker betroffen. In der Altersgruppe von 65 bis unter 70 Jahren waren die Anteile von Männern und Frauen nahezu identisch. Im Jahr 2002 starben rund 2610 Hessen an Diabetes, 62 % waren Frauen und 38 % waren Männer.

- In Hessen besitzen 3 von 4 Haushalten mindestens ein *Mobiltelefon*, mit einem Festnetzanschluss sind lediglich noch 95 % ausgestattet. Damit war Anfang 2003 in sechsmal mehr hessischen Haushalten ein Mobiltelefon anzutreffen als 1998. Für Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher unter 35 Jahren errechnete sich der höchste Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen (93 %). Zugänge zum Mobilnetz waren bei diesen Haushalten damit häufiger anzutreffen als Anschlüsse an das Festnetz (88 %). Haushalte mit 5 oder mehr Personen sind am besten ausgestattet. Hier nutzen 9 von 10 Haushalten Mobiltelefone, wobei es im Durchschnitt 225 Handys in 100 Mehrpersonenhaushalten dieser Größe gibt. Die Vorliebe junger Haushalte für Handys spiegelt sich auch im rechnerisch begründeten Rückgang des Ausstattungsgrads aller Haushalte mit Festnetzanschlüssen (– 3,3 %) wieder. Während die Gesamtzahl der Haushalte um 3,9 % wuchs, war die Zahl der Haushalte mit Festnetzanschluss nahezu gleichgeblieben. Für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003, über deren Ergebnisse hier berichtet wird, geben in Hessen 4700 Haushalte freiwillig Auskunft über ihre Ausstattung, ihre Wohnsituation sowie ihr Vermögen. Außerdem führen die Haushalte über drei Monate ein Haushaltsbuch, in dem sie die Einnahmen und Ausgaben aller Haushaltsmitglieder eintragen. Die EVS findet alle 5 Jahre statt, bundesweit nehmen 60 000 Haushalte teil.



*Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern
ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest
und alles Gute im Neuen Jahr!*



Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		März	April	Mal	Febr.	März	April	Mal
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6077,8 ¹⁾	6091,6 ¹⁾	6 079,1	6 080,8	6 082,5	6 089,1	6 088,7	6 087,6	6 088,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 486	2 539	1 684	1 785	3 677	1 180	1 816	1 921	3 452
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	4,9	5,0	3,3	3,6	7,1	2,5	3,5	3,8	6,7
* Lebendgeborene	-	4 686	4 610	4 530	4 843	4 407	4 131	4 360	4 285	4 541
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	9,3	9,1	8,8	9,7	8,5	8,8	8,4	8,6	8,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	-	4 948	5 031	5 094	5 519	4 852	5 087	5 844	5 070	4 679
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	9,8	9,9	9,9	11,0	9,4	10,9	11,3	10,1	9,0
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	-	19	20	20	23	19	10	13	21	19
auf 1000 Lebendgeborene	-	4,2	4,5	4,4	4,7	4,3	2,4	3,0	4,9	4,2
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	-	- 262	- 420	- 564	- 676	- 445	- 956	- 1 484	- 785	- 138
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	-	- 0,5	- 0,8	- 1,1	- 1,4	- 0,9	- 2,0	- 2,9	- 1,6	- 0,3
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 598	13 993	12 420	13 983	12 256	11 772	12 879	13 049	11 736
darunter aus dem Ausland	-	6 442	6 079	5 598	6 296	5 512	5 497	5 861	5 953	5 609
* Fortzüge über die Landesgrenzen	-	13 528	12 423	11 220	11 637	10 070	11 859	11 829	13 506	10 658
darunter in das Ausland	-	6 209	5 274	4 927	4 798	4 123	6 069	5 793	6 761	4 906
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	-	1 070	1 570	1 200	2 346	2 186	- 87	1 050	- 457	1 078
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	-	17 943	18 322	15 768	18 008	15 783	15 152	16 492	17 151	15 585
		2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
ARBEITSMARKT³⁾										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	210 290	207 551	208 750	248 582	246 084	238 537	236 953
und zwar Frauen	-	89 647	91 432	91 381	89 971	90 492	106 630	106 386	103 163	102 501
Männer	-	110 886	122 151	118 909	117 580	118 258	141 952	139 698	135 374	134 452
Ausländer	-	42 684	45 295	43 337	43 634	44 289	50 892	49 865	50 089	50 445
Jüngere unter 25 Jahren	-	22 023	25 479	27 250	25 330	23 615	32 934	32 967	29 542	27 370
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	7,4	7,8	7,6	7,5	7,6	9,0	8,9	8,7	8,6
und zwar der Frauen	-	7,1	7,1	7,1	7,0	7,0	8,2	8,2	7,9	7,9
Männer	-	7,6	8,4	8,1	8,0	8,1	9,8	9,6	9,3	9,2
Ausländer	-	14,2	15,2	14,5	14,6	14,8	16,9	16,6	16,7	16,8
Jüngere unter 25 Jahren	-	6,5	7,0	7,4	6,9	6,4	9,1	9,1	8,2	7,6
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	8 876	9 389	10 585	20 139	16 380	18 540	10 718
* Gemeldete Stellen am Monatsende	-	37 682	31 376	28 660	27 021	25 519	25 942	25 703	23 405	22 027
		2000	2001	2000		2001		2002		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.
ERWERBSTÄTIGKEIT⁵⁾⁶⁾										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{7) 8)}	1000	2 174,7	2 203,3	2 216,7	2 213,1	2 240,4	2 223,5	2 192,6	2 214,7	2 187,1
und zwar Frauen	-	934,5	952,2	954,1	955,8	970,2	988,0	956,4	969,1	962,3
Ausländer	-	223,3	228,5	231,0	230,4	231,9	228,9	225,2	226,0	221,1
Teilzeitbeschäftigte	-	321,7	337,9	325,6	331,0	341,8	345,2	350,7	352,6	354,5
darunter Frauen	-	274,5	284,9	277,1	279,8	287,8	289,7	293,8	295,0	295,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁷⁾ davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-	13,9	13,8	14,1	12,5	14,1	12,5	14,0	14,1	12,3
darunter Frauen	-	3,7	3,7	3,8	3,5	3,8	3,4	3,7	3,8	3,5
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	-	548,9	545,8	555,0	552,5	551,2	545,8	533,3	532,3	525,9
darunter Frauen	-	139,9	140,0	141,9	141,0	140,8	138,9	135,8	136,0	134,0
* Baugewerbe	-	125,2	120,4	127,9	122,4	123,5	116,8	114,0	115,7	108,7
darunter Frauen	-	15,2	14,7	15,4	15,1	14,9	14,7	14,1	14,1	13,8
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-	554,2	562,5	566,0	567,3	571,7	566,6	556,0	560,8	554,3
darunter Frauen	-	244,2	248,4	249,1	250,0	252,9	251,2	246,7	248,6	246,0
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	-	442,0	465,5	454,0	456,6	475,3	473,4	470,9	477,3	469,8
darunter Frauen	-	201,9	211,9	207,8	208,7	216,9	216,2	214,9	217,8	214,8
* Öffentliche und private Dienstleister	-	489,8	494,2	498,7	500,6	504,4	507,9	504,1	514,3	516,1
darunter Frauen	-	329,3	333,2	335,7	337,0	340,7	343,3	341,2	348,8	350,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003; für 30.09.2002: März 2003; für 31.12.2002: Juli 2003. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen¹⁾:										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	4 588	5 236	5 246	3 845	3 836	3 944	6 506
Kälber	"	224	277	218	217	240	116	77	86	170
Schweine	"	95 275	85 364	82 744	81 062	78 269	64 992	57 315	54 637	76 693
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	2 217	1 827	2 716	1 881	1 244	1 420	3 102
Schlachtmengen²⁾:										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	10 351	9 835	9 398	9 536	9 054	7 708	7 143	6 735	9 446
darunter von	"									
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	1 389	1 574	1 526	1 192	1 241	1 183	1 950
* Kälbern	"	20	22	17	15	22	13	9	5	15
* Schweinen	"	8 103	7 438	7 431	7 332	6 997	5 941	5 337	4 973	6 889
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"	2 395	2 833	2 533	2 957
* Erzeugte Konsumei ⁴⁾	1000 St.	31 198	29 579	30 166	29 156	26 455	26 745	27 753	27 115	26 627
Milcherzeugung:										
* Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	87 451	83 937	79 355	87 422	86 866	83 494	79 665
darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	83 784	80 269	75 805	84 091	83 424	80 052	76 334
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,2	16,5	17,2	16,5	16,1	18,4	17,7	17,0	16,7
VERARBEITENDES GEWERBE⁵⁾										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 348	3 353	3 345	3 341	3 185	3 184	3 179	3 167
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	452,2	453,0	453,7	452,8	436,5	435,6	435,8	435,3
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	269,6	263,0	264,4	264,2	263,1	251,7	252,1	252,1	251,2
* Geleistete Arbeitsstunden	"	52 465	57 803	49 265	56 537
* Bruttohohnsumme	Mill. EUR	667,4	656,6	668,4	639,0	626,9	652,1	648,9	637,3	636,5
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	772,6	741,9	727,9	727,4	790,6	732,7	723,9	728,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 959,8	7 000,6	6 738,7	7 583,2	6 887,3	7 149,0	6 134,0	7 537,5
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 737,0	2 755,2	2 556,7	2 995,2	2 848,6	2 828,5	2 384,5	3 144,6
Exportquote ⁶⁾	%	37,6	39,3	39,4	37,9	39,5	41,4	39,6	38,9	41,7
Volumenindex des Auftragsleistungsindex⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 2,2	- 1,6	5,1	- 2,5	1,6	- 5,4	- 2,7	- 9,0	2,1
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	1,4	6,5	- 5,8	0,8	- 5,2	0,4	- 7,1	5,4
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 2,9	7,9	4,1	2,7	- 6,5	- 8,9	- 12,5	- 1,1
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 8,2	1,4	- 9,8	11,2	- 16,5	- 3,2	- 12,9	- 10,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 6,1	- 9,2	- 9,1	- 3,5	2,9	8,3	- 1,7	6,9
Volumenindex des Auftragsleistungsindex nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	2,2	0,7	3,9	- 7,0	- 3,3	- 2,8	- 1,9	- 6,5	7,3
Maschinenbau	"	- 9,4	1,0	10,9	- 6,7	- 7,7	- 6,8	- 2,8	7,9	8,0
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	- 2,3	27,4	14,6	- 11,3	- 4,9	- 38,5	- 19,6
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 3,4	- 7,2	- 1,7	- 12,0	- 6,6	- 10,0	0,5	- 3,9	10,6
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	95	95	95	95	95	108	107	107	106
* Beschäftigte ⁹⁾	"	18 366	18 145	18 078	18 166	18 211	17 445	17 464	17 459	17 527
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾	1000 h	.	2 273	2 261	2 250	2 254	2 059	2 307	1 956	2 277
* Bruttohohn- und -gehaltssumme ⁹⁾	Mill. EUR	62,2	62,8	62,8	56,3	56,4	63,4	62,2	55,9	55,7
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	2 424,1	2 243,8	2 264,3
HANDWERK										
* Beschäftigte	1995 = 100	90,6	86,7	.	.	86,8	82,3
* Umsatz	"	101,9	96,9	.	.	99,9	91,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innerereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — in Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001		2002			2003			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Junl	Jul	August	Sept.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	58,0	54,8	53,6	54,4	54,6	52,5	52,6	52,8	52,4
Facharbeiter ²⁾	-	30,1	28,4	28,2	28,2	28,3	28,2	28,4	28,4	27,0
Fachwerker und Werker	-	9,0	8,2	8,1	8,3	8,3	7,5	7,6	7,5	8,4
gewerblich Auszubildende	-	2,7	2,5	2,1	2,5	2,5	2,2	2,0	2,3	2,4
* Geleistete Arbeitsstunden darunter	1000 h	5 381	5 012	5 463	5 501	5 615	5 287	5 991	4 972	5 755
Wohnungsbau	-	2 037	1 944	2 118	2 073	2 150	2 197	2 450	2 005	2 321
gewerblicher Bau	-	1 581	1 424	1 512	1 502	1 526	1 431	1 591	1 340	1 540
öffentlicher und Straßenbau	-	1 730	1 618	1 806	1 903	1 916	1 632	1 920	1 604	1 671
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	92,8	89,8	87,3	84,0	90,8	88,1	88,0
* Bruttogehaltssumme	-	38,3	38,2	38,1	36,6	36,3	36,5	34,9	34,5	32,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	-	512,8	483,4	526,0	527,4	538,6	476,4	549,9	475,2	510,0
Wohnungsbau	-	141,1	134,5	153,0	140,8	152,4	156,5	180,3	148,5	173,6
gewerblicher Bau	-	226,3	197,0	205,6	215,3	213,4	182,0	172,0	153,3	158,8
öffentlicher und Straßenbau	-	144,3	150,0	166,6	170,0	171,4	155,4	195,4	171,5	176,4
* Index des Auftragseingangs ³⁾ darunter	1995=100	95,6	83,9	84,5	89,2	83,7	82,5	83,1	78,4	94,6
Wohnungsbau	-	86,4	74,7	71,5	66,9	72,1	89,4	95,8	91,6	114,0
gewerblicher Bau	-	91,3	70,3	67,7	78,7	65,1	59,8	59,4	54,2	65,2
öffentlicher und Straßenbau	-	105,0	106,6	113,5	112,1	114,6	113,2	113,3	109,1	130,6
Ausbaugewerbe⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	23,8	23,2	.	.	23,5	21,4	.	.	21,6
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 982	6 430	.	.	6 663	5 981	.	.	6 392
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	111,9	109,4	.	.	110,1	98,9	.	.	101,8
* Bruttogehaltssumme	-	57,2	59,9	.	.	57,3	58,0	.	.	53,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	-	613,9	591,5	.	.	640,0	489,6	.	.	537,1
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	812	761	738	498	499	602	590
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	-	679	632	677	655	635	444	455	517	528
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	926	801	912	880	839	586	514	844	855
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	170	151	180	169	156	104	95	152	124
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	222 671	210 515	206 129	135 588	120 218	187 889	152 016
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	174	198	161	146	138	140	135
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 333	1 175	1 665	1 999	1 479	1 636	1 030	1 140	1 682
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	224	202	287	278	237	249	182	216	321
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	371 669	224 386	194 165	255 246	165 996	160 885	277 050
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 817	1 827	2 146	1 851	1 712	1 108	1 026	1 658	1 238
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾	-	9 021	8 253	10 464	9 384	8 534	5 902	5 349	7 742	6 476
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel⁷⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	91,6	.	86,2	82,3	.	82,1	85,4	79,8	96,7
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	-	93,0	.	88,2	84,1	.	82,8	86,3	80,8	82,9
* Beschäftigte (Index)	-	100,7	.	97,5	98,5	.	90,8	90,7	91,3	91,6
Einzelhandel⁹⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	98,9	100,3	96,8	98,0	97,9	92,0	97,6	89,7	96,4
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	-	100,4	102,0	98,2	99,1	99,1	93,7	99,1	91,0	97,7
darunter (Einzelhandel mit)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	-	102,0	111,7	106,8	110,4	102,5	108,8	112,3	107,5	103,9
Apotheken ¹¹⁾	-	106,7	107,7	105,6	106,3	106,2	103,8	113,0	97,6	111,7
Bekleidung	-	101,0	97,4	90,6	85,2	100,1	84,0	88,9	70,2	94,5
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹²⁾	-	99,3	88,3	85,7	77,4	80,7	71,1	81,6	72,8	80,5
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹³⁾	-	98,0	99,0	108,0	104,7	98,2	104,5	107,8	100,0	110,0
* Beschäftigte (Index)	-	98,6	96,9	95,7	96,1	96,3	92,4	92,3	92,4	93,0
Kfz-Handel u. Tankstellen¹⁴⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	.	91,7	96,5	82,8	88,7	93,4	99,8	82,5	90,9
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	-	.	93,2	98,0	84,1	90,3	95,6	102,5	84,8	93,5
* Beschäftigte (Index)	-	.	93,6	92,1	94,0	94,3	91,7	91,8	92,6	91,8
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	97,8	89,4	86,2	88,0	97,5	85,4	84,6	82,3	94,3
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	-	99,5	94,5	91,6	93,5	103,3	90,2	89,2	86,8	99,5
darunter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	-	97,4	91,9	83,7	84,2	111,0	84,4	79,1	76,3	113,0
Restaurants, Cafés, Eisdielern, Imbissstellen	-	99,4	94,0	92,0	96,4	93,8	94,4	92,2	90,0	86,1
Kantinen und Caterer	-	101,2	99,4	107,4	103,5	110,5	94,6	106,6	102,8	107,9
* Beschäftigte (Index)	-	101,5	95,0	94,8	95,7	94,6	90,8	91,1	91,4	93,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenerarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meißeln. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Helmwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001		2002		2002			2003		
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Junl	Jul	August	Sept.	
AUSSENHANDEL											
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 643,4	2 671,4	2 722,5	2 842,5	2 884,8	2 527,5	...	
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	72,2	58,6	78,0	67,7	68,0	97,9	...	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 571,2	2 612,8	2 644,5	2 651,2	2 700,2	2 321,0	...	
davon											
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	19,1	16,8	14,6	18,2	17,9	16,3	...	
* Halbwaren	"	178,3	157,3	115,6	182,4	196,5	128,3	160,6	127,2	...	
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 436,5	2 413,6	2 433,4	2 504,8	2 521,8	2 177,5	...	
davon											
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	542,8	490,3	469,5	449,5	464,5	463,0	...	
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	1 893,7	1 923,3	1 963,9	2 055,3	2 057,3	1 714,5	...	
Unter den Fertigwaren waren											
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	750,7	660,0	667,2	705,9	708,5	670,0	...	
Maschinen	"	...	383,8	411,3	367,1	348,0	369,0	379,8	348,1	...	
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	211,3	302,2	344,1	321,9	303,7	231,2	...	
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	255,2	288,6	215,5	259,3	241,3	208,2	...	
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	192,2	181,8	174,0	170,8	184,3	174,4	...	
davon nach											
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 835,8	1 847,7	1 906,6	2 041,7	1 979,2	1 798,7	...	
darunter EU-Länder ²⁾	"	1 381,5	1 395,8	1 426,4	1 365,6	1 361,2	1 533,5	1 445,8	1 347,8	...	
* Afrika	"	47,3	44,1	59,6	46,3	46,7	39,6	50,8	50,1	...	
* Amerika	"	371,0	348,1	350,6	343,8	358,9	334,5	359,5	318,5	...	
* Asien	"	360,0	374,6	375,7	413,1	390,5	404,9	471,5	341,4	...	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	21,8	20,5	19,8	21,8	23,7	18,9	...	
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	4 250,2	3 793,4	3 843,8	3 643,3	3 786,3	4 065,3	3 830,8	3 734,2	...	
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	191,8	164,0	163,7	170,2	181,8	186,5	...	
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	3 652,0	3 479,3	3 602,6	3 584,9	3 370,9	3 278,2	...	
davon											
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	75,6	64,3	56,5	69,4	67,2	52,5	...	
* Halbwaren	"	386,4	278,1	249,7	308,5	316,9	194,6	217,3	260,0	...	
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	3 326,7	3 106,5	3 229,2	3 320,8	3 086,3	2 963,7	...	
davon											
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	382,1	393,4	364,2	388,1	357,2	337,7	...	
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	2 944,6	2 713,1	2 865,0	2 932,7	2 729,2	2 625,9	...	
davon aus											
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 594,8	2 345,4	2 508,8	2 774,7	2 530,9	2 362,3	...	
darunter EU-Länder ²⁾	"	2 134,7	1 877,4	1 977,4	1 785,2	1 891,3	2 141,6	1 913,2	1 830,7	...	
* Afrika	"	91,0	82,1	63,2	109,1	79,4	51,1	105,5	68,7	...	
* Amerika	"	662,6	521,1	491,3	491,0	493,2	451,2	432,4	538,2	...	
* Asien	"	724,5	697,3	690,6	693,4	700,5	776,4	752,2	759,2	...	
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	3,9	4,4	4,4	11,8	9,7	5,8	...	
TOURISMUS³⁾											
* Gästeankünfte	1000	813	796	837	876	976	828	837	766	971	
darunter von Auslandsgästen	"	200	197	250	244	252	191	234	219	239	
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	2 291	2 409	2 464	2 067	2 216	2 222	2 366	
darunter von Auslandsgästen	"	388	378	466	487	486	338	443	447	431	
Gästeübernachtungen nach Berichts-gemeindegruppen:											
Hellbäder	"	643	629	722	740	721	660	672	687	681	
Luftkurorte	"	124	118	148	159	149	142	160	161	143	
Erholungsorte	"	98	92	140	144	110	112	124	135	104	
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 282	1 367	1 484	1 153	1 261	1 239	1 438	
darunter Großstädte	"	575	550	539	578	654	483	512	520	637	
VERKEHR											
Binnenschifffahrt											
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 256	1 097	1 154	1 182	978	814	...	
davon											
* Güterversand	"	213	214	208	181	226	171	189	144	...	
* Gütereingang	"	1 037	930	1 048	916	928	1 012	789	670	...	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2003 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001		2002			2003			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Junl	Jul	August	Sept.
Noch: VERKEHR										
Strassenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	30 179	29 183	29 066	26 736	28 281	31 853	29 684	23 303	28 369
* Personenkraftwagen ²⁾	"	26 040	25 548	25 348	23 226	25 185	27 837	25 909	20 065	24 887
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 467	1 599	1 797	1 516	1 517	1 487	2 157
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	1 713	1 502	856	1 892	1 644	1 402	895
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	296	284	299	235	281	393	317	212	289
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾	"	3 095	3 057	3 021	3 266	3 378	3 268	3 356	3 006	3 295
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	2 268	2 473	2 511	2 538	2 598	2 282	2 527
* Getötete Personen	"	43	42	44	33	50	54	40	51	56
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	3 015	3 253	3 415	3 327	3 418	2 961	3 361
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ⁴⁾										
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	.	.	101 788	113 496
davon im										
Linienverkehr ⁵⁾	"	38 805	37 328	.	.	100 301	112 067
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	.	.	1 487	1 430
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 206	24 600	.	.	82 290	74 151
davon im										
Linienverkehr ⁵⁾	"	19 596	19 955	.	.	63 803	58 311
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	.	.	18 487	15 840
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	.	.	143 179	135 149
davon aus										
Linienverkehr ⁵⁾	"	67 519	36 163	.	.	107 961	105 145
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	.	.	35 218	30 005
GELD UND KREDIT										
B a n k e n⁶⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁷⁾	"	415 013
davon										
kurzfristige Kredite (bis zur 1. Jahr)	"	71 101
Kredite über 1 Jahr ⁸⁾	"	343 912
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁷⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	485	448	429	498	624	416	558
davon										
Unternehmen	"	167	186	246	196	177	192	244	168	162
Verbraucher	"	73	100	108	100	93	151	177	122	209
ehemals selbstständig Tätige	"	.	43	33	48	52	82	111	63	100
sonstige natürliche Personen ⁹⁾ , Nachlässe	"	29	98	98	104	107	73	92	63	87
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 296	406 152	226 676	1 567 351	546 072	164 045	232 695	150 780	159 715
GEWERBEANZEIGEN¹⁰⁾										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	4 839	5 274	5 097
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	4 462	4 242	4 359
PREISE										
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	103,3	103,1	103,0	103,7	104,0	104,1	104,0
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	103,9	102,7	102,5	104,4	104,2	103,3	103,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	102,1	106,0	106,1	106,1	106,1	111,0	111,5	112,0	112,4
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	99,4	99,5	100,2	97,8	96,5	96,1	97,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	102,0	103,4	103,3	103,4	103,6	104,9	105,1	105,2	105,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	100,8	101,7	101,7	101,7	101,6	101,4	101,3	101,1	100,9
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	104,6	104,5	105,2	105,8	106,0	106,6	106,0
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	96,4	95,9	95,9	96,2	96,1	96,0	97,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	103,1	102,3	101,4	100,0	101,3	102,1	100,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	100,9	104,8	107,3	107,1	104,0	105,5	107,9	108,2	107,4
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	2000 = 100	101,0 ¹⁴⁾	101,0 ¹⁴⁾	.	101,1	.	.	.	100,8	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt – Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mitthafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001		2002			2003			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Miil. EUR	3 471,6	3 181,9	3 090,0	2 810,3	2 912,7	3 823,9	3 187,9	2 793,9	3 371,3
davon	-	3 014,8	2 722,8	2 796,8	2 579,2	2 764,1	3 399,0	2 616,3	2 278,8	2 965,3
Gemeinschaftssteuern	-	1 513,6	1 485,5	1 491,7	1 351,7	1 279,1	1 388,0	1 504,5	1 326,0	1 278,7
davon	-	64,1	64,4	- 131,9	- 86,7	419,7	370,1	- 191,2	- 99,3	439,3
Lohnsteuer ²⁾	-	256,6	181,1	440,9	180,2	50,2	279,6	408,1	193,1	32,9
veranlagte Einkommensteuer	-	265,7	257,7	215,5	180,8	137,8	148,2	224,2	162,7	112,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	15,1	- 130,1	- 6,7	- 65,1	252,9	353,4	- 112,6	- 155,3	371,8
Zinsabschlag ²⁾	-	745,4	727,3	655,4	871,7	507,7	732,2	647,8	707,8	613,7
Körperschaftsteuer ²⁾	-	154,2	136,8	131,9	146,6	116,9	127,5	135,3	143,8	116,1
Umsatzsteuer	-	278,4	292,9	66,8	63,2	36,5	296,8	306,3	346,8	281,9
Einführungsteuer	-									
Bundessteuern	-	41,9	52,0	0,0	0,0	0,0	57,5	53,5	53,9	58,8
darunter	-	67,9	78,1	0,0	0,0	0,0	47,8	52,2	113,3	43,8
Mineralölsteuer	-	11,5	9,0	8,1	10,4	8,4	9,1	6,8	13,9	12,5
Versicherungsteuer	-	141,3	126,8	144,5	157,5	103,6	119,0	135,0	134,8	111,6
Zölle ³⁾	-									
Landesteuern	-	3,3	3,9	2,3	19,7	2,8	6,1	1,4	1,3	2,1
darunter	-	23,6	18,0	21,5	20,1	23,7	23,2	22,4	40,5	22,0
Vermögensteuer	-	43,5	41,4	49,3	57,2	30,0	36,1	36,6	35,0	32,6
Erbschaftsteuer	-	53,2	48,9	51,3	44,1	40,7	48,0	51,7	40,7	42,5
Grunderwerbsteuer	-	26,5	30,5	73,8	0,0	0,0	0,0	123,5	19,6	0,0
Kraftfahrzeugsteuer	-									
Gewerbesteuerumlage	-									
		2001	2002	2001	2002			2003		
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Jun	Sept.	Dez.	März	Jun
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. EUR	1 485,6	1 386,4	1 976,9	829,6	1 317,3	1 342,5	2 056,0	889,2	1 574,2
davon	-	3,0	4,3	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5	4,3	3,8
Grundsteuer A	-	154,9	152,3	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8	148,5	177,7
Grundsteuer B	-	491,5	561,4	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4	710,1	710,4
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	597,2	584,3	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3	137,4	597,4
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	16,0	15,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5	15,5	17,4
andere Steuern ⁵⁾	-									
		2001	2002	2002				2003		
		Durchschnitt ⁶⁾		Jan.	April	Jul	Okt.	Jan.	April	Jul
VERDIENSTE⁷⁾										
Arbeiterverdienste										
Im Produzierenden Gewerbe)										
• Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 409	2 446	2 490	2 498	2 469	2 508	2 543
• Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 488	2 526	2 570	2 578	2 547	2 587	2 623
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 637	2 668	2 718	2 723	2 699	2 739	2 769
• Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 896	1 898	1 935	1 937	1 938	1 949	1 974
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 758	1 768	1 804	1 795	1 792	1 798	1 832
• Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,87	15,02	15,18	15,26	15,35	15,45	15,51
• Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,35	15,48	15,63	15,72	15,83	15,91	15,96
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,44	16,55	16,71	16,80	16,94	17,00	17,03
• Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,68	11,81	11,99	12,03	12,09	12,16	12,24
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,74	10,83	11,03	11,01	11,04	11,08	11,19
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
• Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 637	3 664	3 700	3 710	3 704	3 720	3 758
• männlich	-	3 843	3 941	3 890	3 915	3 959	3 964	3 953	3 969	4 003
• weiblich	-	2 663	2 963	2 913	2 939	2 972	2 991	2 997	3 014	3 059
• kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 438	3 464	3 488	3 492	3 487	3 508	3 542
• technische Angestellte	-	3 765	3 671	3 814	3 839	3 889	3 902	3 894	3 906	3 946
• In Handel ⁸⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 080	3 365	3 323	3 331	3 366	3 403	3 416	3 431	3 451
• männlich	-	3 380	3 725	3 675	3 699	3 730	3 757	3 781	3 788	3 815
• weiblich	-	2 617	2 823	2 796	2 784	2 823	2 860	2 861	2 885	2 896
• kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 325	3 323	3 357	3 400	3 414	3 426	3 443
• Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁸⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 270	3 487	3 443	3 458	3 492	3 519	3 525	3 542	3 569

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.



CD-ROM: Microsoft-Access-Datenbank unter MS-Office 97 (einschl. MS-Access-Runtime-Modul)

Gemeindeverzeichnis Deutschland

Das jährlich erscheinende „**Gemeindeverzeichnis Deutschland**“ führt jede der gut 13 400 politisch selbstständigen Gemeinden Deutschlands auf, und zwar neben deren Namen die folgenden Merkmale:

- ◆ Amtlicher Gemeindegeschlüssel (AGS)
- ◆ Postleitzahl (des Verwaltungssitzes)
- ◆ Fläche
- ◆ Einwohnerzahl (insgesamt/männlich/weiblich)

Weiterhin enthält die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder herausgegebene Publikation u. a. die Zusatzmerkmale:

- ◆ Anschrift der Gemeindeverwaltung und der übergeordneten Ebenen wie Kreisverwaltung und Sitz der Landesregierung
- ◆ Finanzamtsbezirksschlüssel
- ◆ Gerichtsbezirksschlüssel
- ◆ Arbeitsamtsbezirksschlüssel
- ◆ Bundestagswahlkreisschlüssel
- ◆ Schlüssel nichtadministrativer Gebietseinheiten wie Siedlungsstrukturelle Gebietstypen (Regions-, Kreis- und Gemeindetypen), Verdichtungsräume und Raumordnungsregionen (Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)

Die CD-ROM „Gemeindeverzeichnis“ enthält eine MS-Access-Datenbank unter MS-Office 97 mit der zum Betrieb erforderlichen Software (Microsoft-Access-Runtime-Modul für Nutzer, die nicht über MS-Access verfügen) und einen Powerpoint Viewer. Die Daten können über vordefinierte Abfragen, aber auch über eigene variable Abfragen schnell und einfach abgerufen werden. Neben dem Druck der Daten ist auch ein Export im Excel-, Lotus- oder HTML-Format zur Weiterverarbeitung mit eigenen Programmen möglich.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

W-152

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951

Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de

Internet: www.hsl.de

Zeitschrift für Tarifrecht — ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Ceclor, Prof. Dr. W. Däubler u.a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 187,00 Euro einschl. Versandkosten, Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München.

Hauptinhalt der Hefte 7/03 bis 9/03: Folgen rechtskräftiger Eingruppierungsentscheidungen / Herabgruppierung durch Änderung der tatsächlichen Verhältnisse; Entzug des Kündigungsschutzes durch tarifvertragliche Vorschriften / Auswirkungen der Tarifierhöhung 2003/2004 auf die Beamtenversorgung / Die korporationsrechtliche Stellung der Juniorprofessoren / Tendenzen in der neuesten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Personalvertretungsrecht / Internet & E-Mail in der Behörde / Prävention im Zuständigkeitsbereich der Unfallkasse des Bundes. 6133-45

Digitale Bibliotheken

Informatik-Lösungen für globale Wissensmärkte. A. Endres, D. W. Fellner, XVI, 494 Seiten, gebunden, 50,62 Euro, dpunkt-Verlag für digitale Technologie, Heidelberg, 2000.

Grundlage der Ausführungen in diesem Werk ist die Annahme, dass die digitale Bibliothek Verwalter und Vermittler von wissensrelevanten Informationen im globalen Netz ist. Mit dem exponentiellen Zuwachs an Wissen auf allen Gebieten und den zunehmenden technologischen Möglichkeiten erlangen digitale Dokumente eine immer größere Bedeutung in Wissenschaft und Technik. Auf Firmenebene bilden digitale Bibliotheken die Basistechnologie für das Wissensmanagement. Das Buch gibt einen vergleichenden Überblick über verschiedene Zielsetzungen und Formen digitaler Bibliotheken und vermittelt das notwendige Wissen für ihre Planung, Einrichtung und Nutzung. In der Einführung wird aufgezeigt, welche Herausforderungen sich für Bibliotheken aus dieser Entwicklung ergeben. Anschließend werden Eigenschaften von digitalen Medien sowie elektronischen Märkten beschrieben und die Grundbegriffe „Information“ und „Wissen“ erläutert. Schließlich wenden sich die Autoren den Aufgaben und verschiedenen Formen digitaler Bibliotheken zu. Anbieter und Nutzer digitaler Dokumente sind weitere Themen des Buches. Mehrere Kapitel sind der Technologie gewidmet: Verteilen im Netz, unterschiedliche Darstellungsformate, Speichern und Archivieren, Erstellen und Gestalten sowie technischer und rechtlicher Schutz von digitalen Dokumenten werden hier behandelt. Weitere Themen sind Geschäftsmodelle, Angebotsformen sowie unterschiedliche Methoden der Abrechnung. Ausführlich werden verschiedene digitale Bibliotheken im In- und Ausland beschrieben. Ausblicke auf Forschungsrichtungen, die Zukunft der Wissensversorgung und die Aufgabe der Bibliotheken als „Manager von Wissen“ runden das Buch ab. Ein Anhang gibt zusätzliche Hinweise auf relevante Informationsquellen, Projekte und Werkzeuge. Die Autoren des Buches, Albert Endres und Dieter W. Fellner, haben verschiedene Forschungsprojekte im Bereich „Digitale Bibliotheken“ betreut. Das Buch wendet sich sowohl an Studierende und Praktiker im Bibliothekswesen und in der Informatik als auch an Nutzer und Anbieter von elektronischen Dokumenten aus allen Fachdisziplinen. 7010

Den kommunalen Haushaltsplan richtig lesen und verstehen

Leitfaden für Rat und Verwaltung. Von G. Schwarting, 2., neu bearbeitete Auflage, 128 Seiten, kartoniert, 19,95 Euro, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 2002.

Der Untertitel „Leitfaden für Rat und Verwaltung“ dieses nun bereits in der zweiten Auflage vorliegenden Bandes sollte nicht in die Irre führen. Tatsächlich bietet dieses Buch eine auch ohne finanzwirtschaftliche Vorkenntnisse gut verständliche, prägnante Einführung in die Welt der kommunalen Haushalte, die neben dem Basiswissen zur kommunalen Finanzwirtschaft auch ihre zentralen Fragestellungen und aktuellen Veränderungen erläutert. Zum leichteren Verständnis bleibt die Darstellung auf die Beschreibung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft konzentriert, wobei besondere Gegebenheiten auf der Ebene der Landkreise — soweit fachlich erforderlich — Erwähnung finden. Die Ausführun-

gen beschränkt der Autor — dessen langjährige praktische Tätigkeit in der kommunalen Finanzwirtschaft und Erfahrungen aus der Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen dem gesamten Band anzumerken sind — nicht auf das Haushaltsrecht, da für die kommunale Finanzpolitik Fragen des Finanzausgleichs oder der Gebührenbemessung ebenso bedeutsam sind oder andere Themen, wie die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen oder das Neue Steuerungsmodell, integral betrachtet werden müssen. In den fünf Kapiteln des Bandes werden im einführenden, ersten Kapitel zunächst die elementaren Strukturen des kommunalen Haushalts erläutert. In Kapitel 2 wird schwergewichtig, neben der Betrachtung der Genese kommunaler Aufgaben, die kommunalpolitisch wichtige Differenzierung zwischen freiwilligen und Pflichtaufgaben vorgenommen. Die Darstellung der bedeutenden kommunalen Einnahmen erfolgt in Kapitel 3, während in Kapitel 4 die Grundzüge der Haushaltswirtschaft, von den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen über die Planung, Aufstellung und Ausführung des Haushalts bis zur Jahresrechnung und Rechnungsprüfung, erläutert werden. Im fünften Kapitel wird ein Überblick über das Neue Steuerungsmodell geboten. In einem Anhang wird abschließend ein Streiflicht auf die Haushaltsanalyse mit Hilfe von Kennzahlen geworfen. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis, der Aufbau der Publikation und die Darstellung der Materie eröffnen auch die Möglichkeit zur Nutzung als Nachschlagewerk. 7070

Psychologie für Führungskräfte

Von B. von der Linde und A. von der Heyde, 214 Seiten, kartoniert, 24,95 Euro, Haufe, Planegg, 2003.

Der Unternehmenserfolg hängt nachhaltig davon ab, in welchem Maß es Führungskräften gelingt, ihr Handeln an der Strategie des Unternehmens auszurichten. Eine in diesem Sinne wirkungsvolle Führung setzt nicht nur Fachkenntnis voraus. Es gilt, die Geführten dahingehend zu lenken, dass die Unternehmens- und Bereichsziele erreicht werden. Wer die Verhaltensweisen der Kolleginnen und Kollegen, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber auch die eigenen Handlungen und Motive besser verstehen lernt, kann auch erfolgreicher führen. Das Handwerkszeug zum besseren Verstehen will dieses Buch liefern. Es wendet sich an Führungskräfte aller Hierarchiestufen, an Berufselstiger, an Trainer und Berater. Zunächst werden psychologische Grundlagen und das Führen allgemein behandelt. Die Vorstellung der vielfältigen Führungsinstrumente und -methoden, die helfen sollen, konkrete Situationen des täglichen Arbeitslebens zu bewältigen, bauen auf dieser Einführung auf. So werden das Einschätzen von Menschen, Fragen der Motivation, ein effizientes Konfliktmanagement und Aspekte der Teamarbeit besprochen. Die theoretischen Ansätze werden dabei bewusst durch einfache und plakative Beispiele nahe gebracht. Allerdings wird auch darauf aufmerksam gemacht, dass die gewählten Beispiele aus didaktischen Gründen einfach gehalten sind und sich das Leben weitaus vielschichtiger darbietet. 7101

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Disziplinarrecht des Bundes und der Länder

Erläutert auf der Grundlage des Bundesbeamtengesetzes und der Bundesdisziplinarordnung unter Einbeziehung des entsprechenden Rechts der Länder. Ergänzbarer Kommentar. Von Prof. Dr. H. D. Weiß, Band II der Reihe „Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD)“, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 4/03 vom August 2003, 7942 Seiten, in 6 Ordnern) 198,00 Euro; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2003. 5222

Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Ergänzbarer Kommentar nebst einschlägigen Rechtsvorschriften. Von Dr. H.-J. Schaffland und N. Wiltfang, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 5/01 vom Januar 2001, 2064 Seiten, in Spezialordner) 186,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Bielefeld, 2000. 5330

Betäubungsmittelrecht

mit Kommentar zum Betäubungsmittelgesetz — Suchtbekämpfung. Sammlung des gesamten Betäubungsmittelrechts des Bundes und der Länder einschl. der internationalen Bestimmungen. Bearbeitet von Prof. Dr. P. V. Lundt und Dr. P. Schiwy, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 74. Erg.-Lfg. vom Mai 2001, rd. 1900 Seiten, in Plastikordner); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2001. 5369

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL OKTOBER 2003

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen
 □ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar
 @ – im Internet unter www.hsl.de)

Die angegebenen Preise beinhalten bereits die Versandkosten.

Statistische Berichte

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 4. Vierteljahr 2002

(Vorläufige Ergebnisse);
 (A I 1 mit A I 4, A II 1 und A III 1 - vj 4/02); (K) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 1. Vierteljahr 2003

(Vorläufige Ergebnisse);
 (A I 1 mit A I 4, A II 1 und A III 1 - vj 1/03); (K) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Die beruflichen Schulen in Hessen 2002 (Teil 2:

Berufsfach-, Fach-, Fachoberschulen, berufliche
 Gymnasien und Berufsaufbauschulen); Stand:
 1. November 2002; (B II 1 - j/02 - Teil 2); (K) 7,00 Euro
 □, Excel /@, Download 8,80/4,80 Euro

Rechtskräftig abgeurteilte und verurteilte Personen

in Hessen 2002 (Ergebnisse der Strafverfolgungs-
 statistik); (B VI 1 - j/02) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Die allgemein bildenden Schulen in Hessen 2002

(Teil 1: Grundschulen, Hauptschulen, Förderstufen,
 Sonderschulen, Sonderpädagogische Förderung an
 allgemeinen Schulen); Stand: 26. August 2002;
 (B I 1 - j/02 - Teil 1); (K) 9,00 Euro
 □, Excel /@, Download 8,40/6,40 Euro

Die Schädigung des Schlachtviehs durch Krankheiten und Schädlinge in Hessen im Jahr 2002; (C III 4 - j/02) 3,70 Euro

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden
 Gewerbe in Hessen im Juli 2003; (E I 1 - m 7/03); (K) 4,80 Euro
 □, Excel /@, Download 5,20/3,20 Euro

Indizes des Auftragsengagements und des Umsatzes im
 Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im August 2003;
 (E I 3 - m 8/03) 4,80 Euro

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im August 2003
 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau);
 (E II 1 - m 8/03); (K) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Energieversorgung in Hessen im Mai 2001;
 (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 5/01) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Energieversorgung in Hessen im Juni 2001;
 (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 6/01) 3,70 Euro
 □, Excel 4,40/2,40 Euro

Energieversorgung in Hessen im Juli 2001;
 (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 7/01) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Energieversorgung in Hessen im August 2001;
 (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 8/01) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Energieversorgung in Hessen im September 2001;
 (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 9/01) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Energieversorgung in Hessen im Oktober 2001;
 (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 10/01) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Energieversorgung in Hessen im November 2001;
 (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 11/01) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Energieversorgung in Hessen im Dezember 2001;
 (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 12/01) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Baugenehmigungen in Hessen im August 2003;
 (F II 1 - m 8/03); (K) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz-
 und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und
 Reparatur von Kfz in Hessen im Juli 2003
 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 7/03) 3,70 Euro

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus
 im Juni 2003; (G IV 1 - m 6/03); (G) 5,90 Euro

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastge-
 werbe in Hessen im Juli 2003 (Vorläufige Ergebnisse);
 (G IV 3 - m 7/03) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Groß-
 handel und in der Handelsvermittlung in Hessen im
 Juli 2003 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 7/03) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Die Ausfuhr Hessens im Juni 2003 (Vorläufige
 Ergebnisse); (G III 1 - m 6/03) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Die Ausfuhr Hessens im Juli 2003 (Vorläufige
 Ergebnisse); (G III 1 - m 7/03) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juni 2003
 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 6/03) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juli 2003
 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 7/03) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 2003
 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 7/03); (K) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in
 Hessen im 2. Vierteljahr 2003; (H I 4 - vj 2/03) 3,10 Euro

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen
 im August 2003; (H I 1 - m 8/03 - Vorauswertung); (K) 3,10 Euro

Binnenschifffahrt in Hessen im Juli 2003;
 (H II 1 - m 7/03); (H) 3,70 Euro

Wohngehalt in Hessen im Jahr 2001; (K VII 1 - j/01); (K) 4,80 Euro
 □, Excel /@, Download 5,20/3,20 Euro

Verbraucherpreisindex und Messzahlen für Verbraucher-
 preise in Hessen im September 2003; (M I 2 - m 9/03) 5,90 Euro
 □, Excel /@, Download 6,00/4,00 Euro

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes
 für Bauwerke in Hessen im August 2003;
 (M I 4 - vj 3/03) 3,70 Euro
 □, Excel /@, Download 4,40/2,40 Euro

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden
 Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versiche-
 rungsgewerbe in Hessen im Juli 2003 (Teil I: Arbeiter-
 verdienste im Produzierenden Gewerbe);
 (N I 1 - vj 3/03 - Teil I) 4,80 Euro
 □, Excel /@, Download 5,20/3,20 Euro

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden
 Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versiche-
 rungsgewerbe in Hessen im Juli 2003 (Teil II: Angestell-
 tenverdienste); (N I 1 - vj 3/03 - Teil II) 7,00 Euro
 □, Excel /@, Download 6,80/4,80 Euro

Verzeichnisse

Verzeichnis der allgemein bildenden Schulen in freier
 Trägerschaft (Privatschulen) in Hessen 5,90 Euro
 □, Excel /@, Download 7,00/5,00 Euro
 Verzeichnis der allgemein bildenden Schulen in Hessen 13,90 Euro
 □, Excel /@, Download 47,50/45,50 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden